

# Gewerkschaft

**Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs**

Hauptschriftleitung: E. Dittmer  
Berlin SO36, Schlesische Str. 42  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 11944

Berlin, den 22. Februar 1930

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
Bezugspreis:  
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

## Gesamt-Verband und Einzelmitglied

**D**ie ersten zwei Monate im Gesamt-Verband sind fast vorüber. Wir können die freudige Feststellung machen, daß die Zusammenfassung aller vier Organisationen sowohl örtlich als auch bezirklich viel weniger innere Reibungsflächen ergab als erwartet. Der innere Organisationsapparat ist nun zumeist eingerichtet. Die gemeinschaftlichen

Büroräume in den größeren Städten sind den Mitgliedern zugänglich. Die Zentrale hat ebenfalls bereits den größeren Teil ihrer Mitarbeiter am Michaelkirchplatz konzentriert, während in der Schlesischen Straße noch die Hauptschriftleitung sowie die Reichsabteilungen für die Gemeinde-, Reichs- und Staatsarbeiter ihren Sitz haben. Erst wenn das neue Haus fertiggestellt ist, kann hier die Ueberstedelung erfolgen. Aber der Bau schreitet in erstaunlich schnellem Tempo vorwärts. Inzwischen konnte auch an Hand der monatlich zu liefernden Mitglieder- und Arbeitslosenkarten an die Reichsanstalt festgestellt werden, daß die Gesamtmitgliederzahl, die am Schluß des Jahres bei allen vier Einzelverbänden zusammen etwa 680 000 betrug, nun tatsächlich dem siebenten Hunderttausend ganz nahe gerückt ist. Es ist also in der kurzen Zeit von kaum zwei Monaten ein Zuwachs von fast 20 000 Mitgliedern festzustellen! Hierin offenbart sich bereits die kolossale Anziehungskraft des Gesamt-Verbandes.

Der Verband zählt gegenwärtig mehr denn 1000 Ortsverwaltungen. Unser Hauptorgan, die „Gewerkschaft“, hat zurzeit sogar eine Auflage von über 720 000, während die Fachorgane je nach der Spartengröße auch ihre Auflageziffer bemessen haben. Hierzu kommt noch für die Mitglieder des RBA, die „Beamten-Gewerkschaft“ und für das häusliche Personal, Portiers usw. die „Hausangestellten-Zeitung“. Wir folgern aus den enorm hohen Auflageziffern, daß einstweilen mit unserer Presse noch etwas unrationell gewirtschaftet wird. Andererseits müssen für die Agitation natürlich auch eine Anzahl von Exemplaren zur Verfügung gestellt werden.

Mittlerweile dürften sich auch die Schwierigkeiten, die zunächst bei der Expedition der verschiedenen Ausgaben der „Gewerkschaft“ vorhanden waren, erheblich vermindert haben. Wir hoffen, daß es im Laufe der nächsten Wochen gelingt, alle Kollegen einwandfrei mit dem für sie zuständigen Organ zu beliefern.

Wenn nicht alles täuscht, wird der neu zusammengelegte Verwaltungsapparat an vielen Orten erhebliche Erleichterun-

gen und Verbesserungen für Mitgliedschaft und Agitation aufweisen. Insbesondere dort, wo für die verschiedenen Verbände durch Zusammenlegung die Schaffung eines besoldeten Ortsangestellten erforderlich war. Natürlich darf das in keinem Fall bedeuten, daß die ehrenamtlichen Funktionäre nun in ihrer Agitation und Mitarbeit erlahmen! Unsere Funktionäre haben sich bis jetzt fast reibungslos in die neue Organisation eingefügt, und es darf wohl gesagt werden, daß der Gesamt-Verband als Ganzes mit Plan und Ziel seinen Aufgaben nachgeht. Unser Verband ist ein Bollwerk für jedes einzelne Mitglied in dieser schweren Zeit. — Was hat nun das einzelne Mitglied zu tun? Soll es sich treiben lassen im Strom der Hunderttausende? Treu und brav seine Beiträge zahlen und den andern die Arbeit überlassen? Wir möchten hier 10 Mindestgebote für jedes Einzelmitglied aufstellen:

### Proletenlied

Ich bin ein Prolet und du ein Prolet,  
wir lieben das Leben, sonst haben wir nichts  
als um uns die Erde, die ewig sich dreht,  
täglich voll Schatten und Sonnenlichts.

Und unseren Weg, der eintönig steht,  
Wir schaffen und sorgen und haben sonst nichts.  
Die Woche geht um, der Sonntag verweht,  
da suchen wir was und finden doch nichts.

Die Jahre vergehn wie die Jugend vergeht,  
wir haben gedurft und haben doch nichts.

Ich bin ein Prolet und du ein Prolet,  
wir bauen die Zukunft, sonst haben wir nichts.  
Julius Zerkas.

1. Lies regelmäßig deine „Gewerkschaft“, damit du über alle Vorgänge des Gewerkschaftslebens informiert bist!
2. Gib die gelesene Zeitung an Unorganisierte weiter zur Agitation und Aufklärung!
3. Vergiß nicht die wirkungsvolle und nachhaltigste Agitation von Mund zu Mund! Sei nicht stiller Teilnehmer, sondern rühriger Agitator deines Verbandes!
4. Laß dich nicht durch die KPD-„Opposition“ irreführen! Ohne freiwillige gewerkschaftliche Disziplin können weder Kämpfe gewonnen werden, noch sind geordnete Tarifverhandlungen möglich!
5. Informiere dich über die wichtigsten statutarischen Rechte im Verband. Am besten ist es, wenn du ein Verbandsstatut stets zu Hand hast!
6. Besuche die Versammlungen und Veranstaltungen deiner Ortsgruppe regelmäßig sowie die Betriebs- und Gruppenversammlungen, damit du jederzeit über deinen Verband auf dem laufenden bist!
7. Bringe Anregungen, Wünsche und Kritik stets an geeigneter Stelle vor!
8. Gib den Unorganisierten auch an der Arbeitsstätte ein Musterbeispiel in jeder Beziehung!
9. Vermeide in dieser Zeit der millionenfachen Arbeitslosigkeit möglichst die Ueberstunden!
10. Tritt für die freigewerkschaftliche Liste der Betriebsrätewahl ein!

Und nun gehet hin und tuet desgleichen.

E. D.

# Die Alkoholfrage als Kulturproblem

Nur höchst selten bietet sich in den Versammlungen der organisierten Arbeiterschaft Gelegenheit, die Alkoholfrage zu besprechen, und auch die Arbeiterpresse ist infolge Raummangels nicht in der Lage, dieses wichtige Problem ausgiebig zu behandeln. Und doch ist gerade die Alkoholfrage von außerordentlicher Bedeutung für das vorwärts und aufwärts strebende Proletariat. Aber leider stehen die meisten Arbeiter heute noch völlig gleichgültig der Alkoholfrage gegenüber und verhalten sich direkt ablehnend gegen die sozialistische Abstinenzbewegung. Diese Gleichgültigkeit ist durchaus nicht immer auf bösen Willen zurückzuführen, sondern vielmehr auf die erschreckende Unkenntnis der Sachlage und auf die falsche Wertschätzung des Alkohols, die in weiten Volksschichten heute noch vorherrschend ist. Die meisten

Arbeiter kennen eben das Wesen und die unheilvolle Bedeutung des Alkoholismus noch nicht; sie wissen nichts von den ungeheuren Schäden, die der Alkohol anrichtet auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Würden sie es wissen, sie würden sich mit Grauen abwenden von dem falschen Freunde Alkohol, der ihnen zwar ein gewisses Wohlbehagen vortäuscht, in Wirklichkeit aber Körper und Geist des Menschen zermürbt und zerstört und dadurch viele Arbeiter unfähig macht, in dem schweren Befreiungskampfe des Proletariats ihren Mann zu stellen. — Diese sträfliche Gleichgültigkeit gegenüber der Alkoholfrage ist leider auch noch bei vielen Arbeitern zu finden, was eigentlich heute nicht mehr sein dürfte, heute, wo man von unsern Führern verlangen muß, daß sie in jeder Beziehung vorbildlich auf die Massen wirken. — Partei und Gewerkschaften führen seit Jahrzehnten schwere und opferreiche Kämpfe zur Verbesserung der Lebenslage der Arbeiterschaft, und kein vernünftiger Mensch wird die Erfolge dieser Kämpfe abstreiten wollen. In unzähligen Versammlungen wird leidenschaftlich diskutiert über die Lösung der sozialen Frage, wie es möglich ist, die Bahn frei zu machen für die Entwicklung zum Sozialismus. Aber man hat im allgemeinen noch nicht erkannt, daß die Alkoholfrage ein Stück der sozialen Frage ist, und zwar ein sehr wichtiges Stück, daß gerade der Alkohol das schwerste Hindernis ist für den wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse. Die soziale Frage wird erst dann endgültig gelöst werden können, wenn vorher die Alkoholfrage eine befriedigende und dauerhafte Lösung gefunden hat.

Es ist also die allerhöchste Zeit, daß sich die organisierte Arbeiterschaft mit dem sozialen Problem der Alkoholfrage ernsthafter befaßt als bisher; jedenfalls ist die planmäßige Aufklärung auf diesem Gebiet eine Kultur Aufgabe aller ersten Ranges und alle proletarischen Organisationen sollten sich diese Aufklärungsarbeit zur programmatischen Pflicht machen.

Mit vollem Recht bezeichnen alle wahren Friedensfreunde den Krieg als furchtbaren Massenmörder, denn er hat Millionen blühender Menschenleben dahingerafft. Zu Tausenden lagen nach furchtbarem Trommelfeuer und darauffolgendem Sturmangriff zerstückte, bleiche und blutige Menschenleiber auf dem Schlachtfeld, und geradezu grauenhaft war das Massensterben in den Lazaretten. Aber der Krieg hat einen gleichwertigen Konkurrenten gefunden in dem Massenmörder Alkohol, der auch ungezählte Menschenleben ruiniert und zerstört, der das Seelenleben und das Glück von Millionen unserer Volksgenossen vernichtet. Der Alkohol ist der schlimmste und gemeinste Mörder, Räuber und Tyrann, dabei der mächtigste Herrscher aller Zeiten und aller Länder.

Unantastbar ist der Großfürst Alkohol. In den Novembertagen 1918 wurden Kaiser und Könige und alle deutschen Fürsten durch die Revolution gestürzt; aber an den Herrscher Alkohol wagte sich die Revolution nicht heran. Unendliches Leid und Weh,

Jammer und Gram, Krankheit, Not, Tod und Schande, Elend und Verbrechen verursacht dieser Dämon Alkohol. Wir haben in Deutschland rund 400 000 notorische Trinker; darunter leiden Millionen unschuldiger Kinder, deren Jugendleben durch die Trunksucht des Vaters verfinstert und oft zur Hölle wird. Die Klagen der mißhandelten Frauen, der Jammer der hungernden und frierenden Kinder schreit zum Himmel, ist eine wuchtige Anklage gegen alle, die die fluchwürdige Alkoholwirtschaft noch verteidigen oder gar daraus Nutzen ziehen.

1600 Selbstmörder nehmen sich alljährlich in Deutschland das Leben, weil ihr Leben physisch und seelisch durch den Mörder Alkohol zerstört worden ist, rund 80 000 Menschen sterben alljährlich vorzeitig an den verschiedensten Alkoholkrankheiten und Zehntausende kommen ins Irrenhaus, weil ihnen der Teufel Alkohol den Verstand geraubt hat. 65 Proz. aller Verbrechen und 84 Proz. aller Sittlichkeitsverbrechen belasten das Schuldkonto des Alkohols. 170 000 idiotische Kinder gibt es bei uns in Deutschland. Davon sind ein großer Teil die Opfer der Trunksucht ihrer Eltern. 60 000 Fallsüchtige verdanken ihr trauriges Leben und Siedtum dem Massenmörder Alkohol. 64 000 Fürsorgezöglinge gibt es in Deutschland; davon stammen sehr viele aus Trinkerfamilien. Es hat keinen Zweck, sich über die Bosheit und Schlechtigkeit der Fürsorgezöglinge zu entrüsten, wohl aber verdienen sie unser Mitleid; denn ein Berliner Arzt hat festgestellt, daß von allen Kindern, die in Berlin in Fürsorgeerziehung kamen, etwa zwei Drittel Schädelverletzungen hatten, deren Ursachen auf Mißhandlungen durch den betrunkenen Vater zurückzuführen waren. — Ein Meer von Tränen rinnt durch diese Welt aus der unverfügbaren Quelle Alkohol; groß ist das Heer der Geschlechtskranken, der unehelichen Mütter und Kinder, zahllos die tödlichen Unfälle, bei denen der Alkohol Kuppler und Mörder ist. Aber dieses entsetzliche Alkoholeland ist nur ein Bruchteil dessen, das der Alkohol in der ganzen Welt anrichtet. Es gibt keinen Menschen, der beweisen könnte, daß er durch den Alkohol glücklich wird;

nur wenige Aktionäre und Direktoren der Brau- und Schnapsindustrie werden durch das Alkoholgeschäft reich; alle anderen aber haben nur Schaden durch die fluchwürdige Alkoholwirtschaft.

An dieser grauenhaften Kulturschande können und dürfen wir als organisierte Arbeiter nicht gleichgültig und teilnahmslos vorübergehen; vielmehr müssen wir der entsetzlichen Alkoholflut einen Damm entgegensetzen, indem wir den Kampf gegen den Alkoholismus mit aller Entschiedenheit aufnehmen und durchführen. Das Gewissen der Politiker und leitenden Staatsmänner muß geschärft werden, damit sie nicht tatenlos zusehen, wie sich immer neue Alkoholfluten in unser verarmtes Volk ergießen. Ein Abgeordneter, ein Staatsmann, der sein Amt nicht dazu benutzt, gegen die unsozialen Auswüchse des Alkoholismus entschiedene Front zu machen, der hat seinen Beruf als Politiker genau so verfehlt wie etwa ein Wächterhund, der nachts schläft. Da ist es immerhin zu begrüßen, daß der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstags am 15. Februar 1930 in das zu erlassende Schankstättengesetz Bestimmungen aufgenommen hat, die den Ausschank und den Kleinhandel von Branntwein für bestimmte Morgenstunden und an Lohn- und Gehaltszahlungstagen verbieten.

Wir organisierten Arbeiter aber haben die Pflicht, diesen gefährlichen Feind Alkohol zunächst in uns selbst zu überwinden, indem wir den Alkohol meiden, in jeder Form und in jeder Menge, damit wir auch auf diesem Gebiet Pioniere einer neuen, einer alkoholfreien Kultur werden. Dazu gehört nichts anderes als ein fester Wille. W. Oefler, Görlitz.

## Arbeiter und Alkohol

Anlässlich des 10jährigen Bestehens (16. Januar 1920) der Prohibition (Alkoholverbot) in Amerika schreibt der Präsident des Schweizerischen Schriftstellerverbandes, Felix Wöschlin, der kürzlich im Auto die Union kreuz und quer durchreiste und sie studiert hat:

„Und die Prohibition? Mein Gewährsmann, der eine Whiskyflasche unter dem Bett hat, antwortet, ohne sich lange zu besinnen: Der Arbeiter ist allgemein besser daran. Auch der billige Schnaps ist so teuer, daß ihn der Arbeiter nicht kauft. Die Familie geduldet. Welches Elend früher in den Minenstädten! Der Amerikaner war ein Whisky-Säufer. Er kann nicht widerstehen. Siehe Jack London. Das Land ist im allgemeinen ziemlich trocken. Die Städte nicht im gleichen Maße. In den Colleges wird das Trinken als Sport betrieben. Junge Mädchen nehmen Whisky mit, weil sie sonst nicht zur Party zugelassen werden. Hier ist der moralische Effekt schlimm. Aber: Amerika war auf dem Wege, im Whisky unterzugehen. Alles wurde verspielt und verunken. Das Verbrechen von heute verhält sich zum Verbrechen von damals wie 1:100. Die Prohibition der U. S. A. ist der größte Schritt nach vorwärts, den je ein Volk getan hat. Früher wurden in den Minenstädten in der Samstagsnacht drei, vier Leute erschlagen. Die Zeitungen haben keine Notiz davon genommen, die gleichen Zeitungen, die jetzt der Prohibition alle Verbrechen in die Schuhe schieben.“

Das sagt der Mann mit der Whiskyflasche unter dem Bett.“



# Die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden

Der Vorstand des Gesamt-Verbandes hatte eine Anzahl Funktionäre zu einer Konferenz im Berliner Gewerkschaftshaus am 12. Februar 1930 eingeladen. Der Vizepräsident des Deutschen Städtetages, Dr. Elsäß, behandelte das obige Thema in überaus eindrucksvoller Weise. Nach einer Einleitung, worin gesagt wurde, daß schon von gewissen Seiten darauf hingewiesen wurde, man verstehe die kommunalwirtschaftliche Betätigung nur ganz, wenn man die Entwicklung der Vorkriegszeit kenne, kam er sogleich auf einen der wichtigsten Punkte zu sprechen, nämlich die Forderung der Privatindustrie: „Die Kommunen sollen sich nicht scheuen, die Aktien ihrer Erwerbsunternehmungen auch im Auslande herauszugeben.“ Aber die Kommunen haben die allerbedenklichsten Erfahrungen mit diesem System gemacht...

Mit wachsender Einwohnerzahl steigert sich automatisch die Wirtschaft der Kommunen. Das vergessen die Vertreter der Privatwirtschaft. Vielfach werden auch Einzelfälle herausgegriffen. So hat z. B. Duisburg Stadt 1922/23 ein Hotel eingerichtet. Dies ist aber gerade auf Drängen der örtlichen Wirtschaftskreise erfolgt, weil die Duisburger Geschäftswelt darüber klagte, daß geeignete preiswerte Hotels nicht vorhanden seien und dadurch die Verhandlungen vielfach nach Köln und Düsseldorf verlegt werden müssen...

Hotels, Ziegeleien, gelegentliche Blumenverkäufe, Schlackeinfabriken, das sind zusätzliche Einrichtungen der Kommunen, die meist nur gelegentlich entstanden sind. Sie spielen heute leider die vorherrschende Rolle in der Diskussion über kommunale Wirtschaft. Lebensnotwendig hingegen sind 1. Einrichtungen zur Erhaltung und Förderung des Gesundheitswesens, 2. Einrichtungen zur Förderung des wirtschaftlichen Verkehrs, 3. Einrichtungen zur Beseitigung besonderer Notstände wirtschaftlicher Art. (Wohnungsbau usw.) Diese lebensnotwendigen Betriebe treten an Bedeutung nicht zurück hinter den eigentlichen notwendigen Versorgungseinrichtungen des Verkehrs, der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung...

Die öffentliche Wirtschaft befindet sich heute im Stadium der Verteilung. Oftmals ergibt sich aus bestehenden öffentlichen wirtschaftlichen Einrichtungen die weitere Uebernahme gewisser nicht unbedingt lebensnotwendiger Einrichtungen, um rationaler wirtschaften zu können...

Der Gedankenkreis der Privatwirtschaft steht vielfach in völligem Widerspruch zur Gesamtentwicklung der Gemeinden, aber auch zur Entwicklung des deutschen Rechts. An der Universalität der Zuständigkeit haben die deutschen Gemeinden immer festgehalten. Als 1920 die Schaffung eines Kommunalverfassungsgesetzes erwogen wurde, haben sie sich gegen jede Einschränkung gewehrt. Genau so wehren sich heute die Gemeinden gegen jegliche Einschränkung der Gemeinden auf wirtschaftlichem Gebiet. Es kann auch keine andere Instanz geben, die endgültig darüber entscheiden könnte, als sie selber in der Frage: Welche Aufgaben unterstehen den Gemeinden und welche nicht? Die Kommunen verlangen dieselbe Bewegungsfreiheit wie die Privatwirtschaft. Entscheidungen über Maß, Art und Umfang der wirtschaftlichen Tätigkeit liegen allein bei den verantwortlichen Organen der Gemeinden...

Im Preussischen Landtag werden diese Fragen in den nächsten Monaten aus Anlaß der neuzuschaffenden Städteordnung wieder verhandelt werden. Die politische Verantwortung muß den Gemeinden jedenfalls uneingeschränkt erhalten bleiben. Ja, es wäre gewissermaßen eine Einschränkung des allgemeinen Wahlrechts, wollte man anders verfahren...

Es ist grundsätzlich auch ein Irrtum der Privatwirtschaft, Dinge, die ja unangenehm sind, aus der Welt schaffen zu wollen, indem man sie einfach bekämpft, selbst, wenn sie im Zuge notwendiger Entwicklung liegen. So war z. B. der Kohlenfelderkauf von Köln-Frankfurt eine der geschicktesten Maßnahmen, die je gemacht worden sind. Damit wurde ein bestimmter Druck auf die Ruhrgewaltigen (in bezug auf die Ferngasversorgung) ausgeübt.

Wie hätte wohl eine Aufsichtsinstanz in dieser Frage entscheiden sollen?...

Diese Haltung der Kommunalbetriebe liegt durchaus im Interesse der breiten Massen der Bevölkerung. Letztere ist angewiesen auf die Gleichmäßigkeit der Leistung und Versorgung sowie auf die Sicherstellung der Versorgung.

Wenn man früher über die Zuschüsse an die Steuerkassen der Gemeinden aus den wirtschaftlichen Unternehmungen diskutiert hat, so handelte es sich damals um verhältnismäßig geringe

Summen. Heute sind diese Zuschüsse für die städtischen Etats unentbehrlich geworden.

Bis 1910 gab es nur den reinen Regiebetrieb. Das Unternehmen läuft durch den Etat wie jede andere Hoheitsverwaltung. Schon 1914 hat Leoni-Sträßburg auf dem Kölner Städtetag folgende Gedankengänge entwickelt: Man müsse nachprüfen, ob die Form des Regiebetriebes für die Werke zweckmäßig sei, oder ob nicht auch Formen des Privatrechts zu verwenden seien, oder auch, ob gemischtwirtschaftliche Unternehmungen zweckmäßig wären. Das Eigentum an den Aktien müsse natürlich bei den Gemeinden bleiben. Aber erst in den Jahren der Inflation setzte eine stärkere Welle ein, die gemeindlichen Unternehmungen aus der Regie herauszunehmen und sie in privatwirtschaftliche Formen umzugestalten. Die Meinung war sehr geteilt. Man sagte dem reinen Regieunternehmen nach, daß die Beweglichkeit, die damals in der Inflationszeit besonders notwendig war, fehle. Die vielen Instanzen verzögerten die Entscheidung und eine leistungsfähige, wirtschaftliche Führung müsse Erleichterung haben. Aber in dieser Frage der Gemeindebetriebe kann ich auch heute nach den mannigfaltigsten persönlichen Erfahrungen noch keine grundsätzliche Stellung einnehmen. Eine Voraussetzung bleibt jedenfalls: Die politische Verantwortlichkeit muß unter allen Umständen den Gemeinden erhalten bleiben. Je tüchtiger ein Betriebsdirektor, um so mehr denkt er in erster Linie an sein Werk und weniger an die kommunale Entwicklung...

Die tatsächliche Entwicklung der letzten Jahre zu Gesellschaften und Aktiengesellschaften bei Belassung der Aktien in Händen der Kommunen ist in den letzten Jahren so stark geworden, um auf diese Weise ohne Kontrolle Auslandskredite hereinzubekommen. So hat z. B. Dresden erst vor 14 Tagen deshalb eine solche Umwandlung vorgenommen. Dabei können die vollen Rechte der Beamten und sonstigen Arbeitnehmer auch in die neue Gesellschaftsform übernommen werden. Das ist nur eine vertragstechnische Frage...

Gelingt es in der Frage der Auslandskredite eine Wandlung zu erzielen und den Kommunen den ausländischen Kreditmarkt ohne Einschränkung zur Verfügung zu stellen, wie es Privaten möglich ist, so bekommt das Problem der Gesellschaftsbildung, der Aktiengesellschaften usw. wieder ein neues Gesicht. Aber die Betriebsform ist auch nicht allein vom deutschen Standpunkt aus zu erledigen. Es müssen auch die amerikanischen Geldmarktverhältnisse berücksichtigt werden. Gewiß, es hat Zeiten gegeben, wo man allein mit dem Kredit für deutsche Städte besonders gute Geschäfte gemacht hat. Aber der amerikanische Kapitalmarkt hat sich anscheinend an diesen deutschen Kommunalpapieren satt gesehen. Die Kurse davon haben manchmal stark geschwankt, teils ist auch breiten Massen der Bankinteressenten eine andere Form geläufig, nämlich „Aktien der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke“. Eine gewisse Bewegungsfreiheit muß hier jedenfalls bleiben.

Schon vor zwei Jahren betrug der Zuschußbedarf der deutschen Gemeinden 17,8 Milliarden. Heute sind die Tarife ein beweglicher Einnahmefaktor, der eine wichtige Anforderung erfüllt: er trifft jeden gleichmäßig. Nun hat Dr. Majerczyk im „Berliner Tageblatt“ vom 11. Februar 1930 darauf hingewiesen, daß Ueberschüsse grundsätzlich für die Erweiterung der Werke verwendet werden müssen. Aber über Grundsätzliches kann man jetzt nicht entscheiden. Eine solche grundsätzliche Lösung ist gegenwärtig nicht möglich. Wir müssen wohl oder übel jetzt für soziale und andere Ausgaben der Kommunen den größten Teil der Ueberschüsse an die Gesamtheit der kommunalen Verwaltung abführen. Aus dieser Situation heraus wird eine Frage von besonderer Bedeutung: die richtige Kalkulation der Werke. Der Kammerer darf indessen nicht erklären, das Werk müsse ganz bestimmte Summen abliefern...

Der Reichswirtschaftsrat hat vor Jahresfrist eine Entschließung angenommen, in der er eine eingehende Prüfung der Frage fordert, ob die öffentlichen Unternehmungen zu den Steuern herangezogen werden sollen. Man übersteht in der breiten Öffentlichkeit dabei zwei Dinge vollständig: 1. wird die Mehrzahl der wirtschaftlichen Unternehmungen schon heute voll zur Steuer herangezogen; 2. alle gemeindlichen Betriebe sind schon schwer belastet durch Abgaben an den kommunalen Etat. Diese Summe ist viel höher, als irgendeine Steuer sein könnte! Man müßte also erneut kommunale Steuern ausschreiben, die wiederum gerade die private Wirtschaft belasten würden, die heute über fehlende Besteuerung der Kommunen klagt. Hinzu käme die schwere Belastung der breiten Massen der Einwohner...

In welchem Ausmaße ist nun die kommunale Wirtschaft überhaupt von Bedeutung — auch für die Privatindustrie?

Gas-, Wasser und Elektrizität sind heute wichtige Unterlagen für die Privatwirtschaft, an deren Erhaltung sie das allergrößte Interesse hat. Aber die deutschen Gemeinden sind andererseits im allergrößten Ausmaße auch Auftraggeber der deutschen Privatwirtschaft. Treten ihre Aufträge unter den Normaljahr zurück, so äußert sich das nicht nur auf dem Arbeitsmarkt (verstärkte Arbeitslosigkeit), sondern auch auf dem gesamten Wirtschaftsmarkt. Wie viele Aufträge geben doch die Kommunen der Privatwirtschaft? 1928 betrug die Aufträge des Reiches und der Länder 3,4 Milliarden Mark. Dazu kamen die Aufträge der kommunalen Körperschaften mit 5 Milliarden, insgesamt wurden also 8½ bis 9 Milliarden Mark Aufträge der öffentlichen Wirtschaft an die Privatwirtschaft erteilt. Die Städte mit über 50 000 Einwohnern sind allein mit über 2 Milliarden Mark daran beteiligt.

Zur Belebung der Wirtschaft wurde oftmals aus den gleichen Kreisen, die eine Sonderbesteuerung wünschen, gefordert, daß zusätzliche Aufträge für die Privatwirtschaft in schweren Zeiten geschaffen werden sollen. Alle diese Fragen sind aber nicht nur für die Gemeinwirtschaft, sondern auch für die gesamte Volkswirtschaft von größter Bedeutung. In diesem Zusammenhang ist auch notwendig, darauf hinzuweisen, daß die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft in den letzten sieben Jahrzehnten nicht zu denken ist ohne die wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinden. Auch im gegenwärtigen Augenblick muß die öffentliche Wirtschaft alle finanziellen Möglichkeiten beanspruchen, die zur Fortsetzung ihrer großen Leistungen notwendig sind...

Nach Dankesworten des Vorsitzenden, Kollegen Becker, an den Referenten für die interessanten Darlegungen, wies er darauf hin, daß öfter Gelegenheit gegeben werden soll, vom Gesamtverband aufklärende Vortragsabende zu veranstalten, was von der Versammlung beifällig aufgenommen wurde. ed.

## Geburtenausfall und Arbeitsmarkt

Der Geburtenabsturz, der in den letzten Jahren unaufhaltsam anhält, hat in die Bevölkerungsentwicklung bereits tiefe Spuren eingezeichnet. Weitreichende Verschiebungen im Altersaufbau des Volksganzes bringen ganz unvermeidliche Einflüsse auf das Erwerbsleben zustande. Da wir alle mehr oder minder Mitbetroffene sind, soll uns zunächst dieser Bevölkerungsaufbau verdeutlicht werden. Der seit der Reichsgründung fast ohne Unterbrechung sich fortsetzende Rückgang der Sterblichkeit führte zu einer Verlängerung der Lebensdauer der Bevölkerung. Damit war zugleich eine längere Erhaltung des einmal vorhandenen Volksbestandes gewährleistet. Im Zusammenhang mit der in der Vorkriegszeit zu verzeichnenden Besserung der allgemeinen Sterblichkeitsverhältnisse gestalteten sich auch die Lebensaussichten der Neugeborenen zunehmend günstiger. Der Zustrom zur Schicht der Erwachsenen wurde ein weit stärkerer als früher. Dieses Aufrücken der stärker besetzten Geburtsjahrgänge der Vorkriegszeit hat notwendig eine gewaltige Auffüllung der mittleren und höheren Altersschichten zur Folge gleichzeitig bewirkt die verlässigste Dezimierung durch Tod eine indirekte weitere Verstärkung. Durch den ungeheuren Geburtenausfall und -rückgang der Kriegs- und Nachkriegszeit wird es nun klar, daß der bisherige Altersaufbau unseres Volkes eine tiefe Veränderung erlitten hat. Wie sehr sich die Altersgliederung zugunsten der Erwachsenen verschoben hat, sagen uns folgende Zahlen: Von 1910 bis 1925 stieg die Gesamtbevölkerung um rund 8 Proz., die über 15 Jahre alte Bevölkerung für sich allein dagegen 20 Proz. oder 2½mal so schnell. In dieser Zeit ist aber die Nachwuchsschicht (bis zu 15 Jahren) um 16 Proz. zurückgegangen und räumt somit den Erwachsenen noch ein weiteres Übergewicht ein.

Diese gleichzeitige Einschnürung des Unterbaues und Aufblähung des Oberbaues der gesamten Altersschichtung hat eine unverkennbare Ueberalterung unseres Volkskörpers zuwege gebracht. Diese Entwicklung wird sich in den nächsten Jahrzehnten sogar noch weiter ausdehnen. Der Anteil der unter 15 Jahre alten Kinder an der Gesamtbevölkerung, der im Jahre 1910 ein volles Drittel der Bevölkerung umfaßte (34,0 Proz.) und 1925 bereits auf ein Viertel (26,2 Proz.) herabgeglitten ist, wird aller Voraussicht nach in Zukunft noch weiter herabsinken, aller Wahrscheinlichkeit nach bis auf ein Fünftel der Gesamtbevölkerung (etwa um 1965 20,7 Proz.). In entsprechendem Maße steigt natürlich der Anteil der Erwachsenen.

Den weitgehenden Einfluß einer veränderten Bevölkerungsstruktur auf unser wirtschaftliches und soziales Leben zeigt heute u. a. der erschreckend große Umfang der Arbeitslosigkeit. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß ihre Ursachen außer in gewissen rein wirtschaftlichen Zuständen auch in dem außerordentlichen Anwachsen der Schicht des erwerbstätigen Volksteils begründet sind, nämlich der Altersklassen von 15 bis 65 Jahren. Wir schätzen die Zunahme der männlichen erwerbstätigen Bevölkerung auf durchschnittlich 16 Proz. Für die erwerbstätigen Frauen ist der Zuwachs ein weit stärkerer gewesen, dessen Ursachen allgemein bekannt sein dürften.

Man hat aus dem Geburtenrückgang der Kriegs- und Nachkriegszeit anfänglich die Folgerung gezogen, daß ein Rückgang der Arbeitskräfte eintreten würde. Es hatte sich die Meinung gebildet, daß in dem Jahrfünft 1929 bis 1934 eine Arbeitslosigkeit nicht mehr vorhanden sein würde. Wir wissen heute, daß der Geburtenausfall nur insofern auf den Arbeitsmarkt einwirkt, als

von jetzt ab ein empfindlicher Rückgang bei den jugendlichen Arbeitskräften einzutreten beginnt. Die gewerblichen Berufsschulen haben Ostern 1930 mit einem Ausfall von etwa 500 000 Berufsschülern zu rechnen, und sehen einem noch weiteren Sinken ihrer Schülerzahl entgegen.

Dieser Rückgang wird allerdings mehr als ausgeglichen durch andere Faktoren der Bevölkerungsentwicklung, vor allem durch den schon vorher eingetretenen Zuwachs an Arbeitskräften aus den stark besetzten Geburtsjahrgängen der letzten Vorkriegsjahre und durch die verringerte Sterblichkeit. Der Direktor im Statistischen Reichsamt, Dr. Plaßer, äußert sich über die nächste Entwicklung folgendermaßen:

„Unter der Voraussetzung, daß Geburtenhäufigkeit und Sterblichkeit in den einzelnen Altersstufen auf gleicher Höhe bleiben wie in den letzten Jahren, wird sich im beginnenden Jahrzehnt eine Derringerung bei den jüngeren männlichen Altersklassen (unter 20 und 25 Jahren) bis zu 1½ Millionen im Jahre 1940 ergeben. Die Gesamtzahl der erwerbsfähigen männlichen Bevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren wird aber immer um mindestens eine Million bis zu zwei Millionen größer sein als im Jahre 1925, und zwar wird gerade die Kerngruppe der erwerbsfähigen Männer von 25 bis 45 Jahren um eine Million bis zu fast drei Millionen (im Jahre 1940) stärker sein als 1925.“

Dr. Plaßer glaubt auf Grund der Berechnungen sagen zu können, daß das Aufrücken der stark besetzten jüngeren Altersklassen in das erwerbsfähige Alter den Einfluß der Kriegsverluste auf dem deutschen Arbeitsmarkt ausgeglichen hat. Die Zahl der 20 bis unter 45 Jahre alten Männer im Deutschen Reich sei heute trotz den Verlusten durch den Krieg um wenigstens 200 000 größer als vor dem Kriege (auf dem heutigen Reichsgebiet). Hierzu kommt noch, daß rund 500 000 Männer infolge Derringerung des Heeres und der Marine mehr auf dem Arbeitsmarkt erscheinen als vor dem Kriege und die Erwerbstätigkeit der Frau bedeutend zugenommen hat, woraus sich die Schwierigkeiten des heutigen Arbeitsmarktes zum Teil mit erklären.

Mit einer Entlastung des Arbeitsmarktes in absehbarer Zeit haben wir leider nicht zu rechnen, denn trotz der zahlenmäßigen Derringerung der jugendlichen Arbeiter wird die Gesamtzahl der Erwerbstätigen 1935 um etwa 2½ Millionen höher sein als heute und auch späterhin noch lange steigen.

Die stärkere Besetzung der höheren Altersklassen, die gewissermaßen heute noch im Anfangsstadium steht, läßt schon heute mit Sicherheit voraussehen, daß eine beispiellose Zunahme der Greise eintreten wird. Nach der Statistik gibt es heute im Deutschen Reich rund 3¼ Millionen Männer und Frauen im Alter von 65 Jahren und darüber. Diese Zahl wird sich bis 1965 nahezu verdoppeln und bis 1975 sogar auf 8¼ Millionen anschwellen. Weil es sich hierbei um den normalerweise nicht mehr im Erwerbsleben stehenden Teil der Bevölkerung handelt, dessen Versorgung teils der Familie, teils der Allgemeinheit als Pflicht zufällt, so werden die daraus entstehenden Soziallasten eine außerordentliche Vermehrung erfahren, die auch durch verringerte Aufwendungen für weniger zahlreiche Nachkommenschaft nicht aufgewogen werden kann. Alles in allem bringt uns das zahlenmäßige Bild des deutschen Volkskörpers das gegen früher völlig veränderte Gefüge von Volk und Wirtschaft zum Bewußtsein, damit aber auch die unmittelbare praktische Bedeutung für das Verständnis der Gegenwart und Zukunft.

Evamaria Blume.



Der Kleingärtner

# Mein Garten



Die Kleingartenbewegung, die für die Großstädte eine immer größere wirtschaftliche Bedeutung gewinnt, zwingt die Kleingärtner zu einer schärferen Kalkulation und richtigen Ausnutzung ihres kleinen Gärtchens. Mit theoretischen Vorschlägen ist den Laubenkolonisten nicht geholfen. Diese Vorschläge, die meistens aus gärtnerischen Fachkreisen kommen, sind für den Kleingärtner, weil für viel größere Flächen zugeschnitten, unbrauchbar.

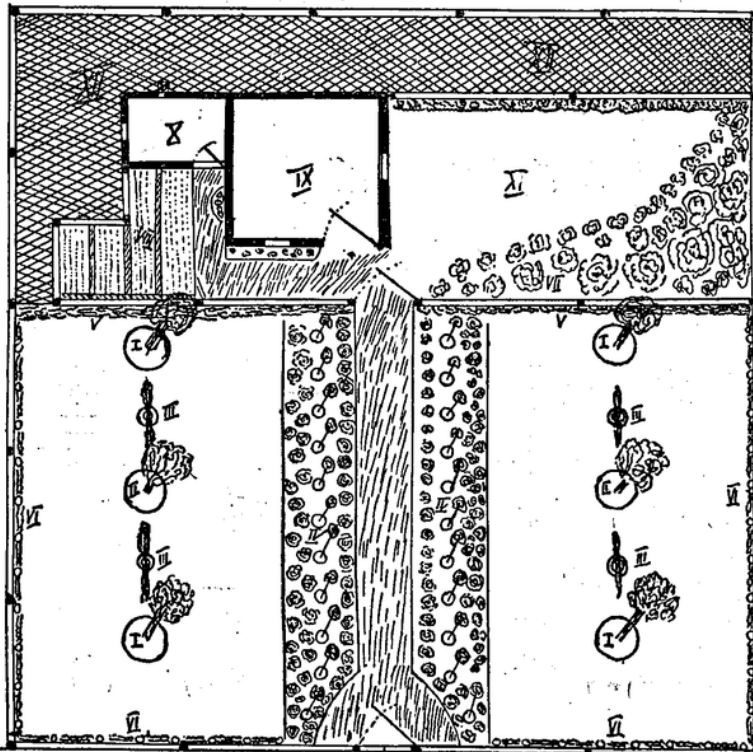
Er muß sich fragen: Soll mein Garten der Erholung oder soll er der Ernährung dienen? Das letztere kommt in den Großstädten

nur in geringerem Maß in Frage. Der Dünger ist teuer und dadurch stellt sich jede vom Laubenkolonisten geerntete Ernährungseinheit viel zu hoch. Der Kleingarten muß in erster Linie eine Erweiterung der Wohnung sein. Wie viele Wohnungen bestehen in den Städten, in denen Sonne, Licht und Luft seltene Gäste sind? Und die Kinder in diesen Wohnungen? Hier schon bringt der Kleingarten einen hundertfachen Ertrag dadurch, daß sie sich in Sonne und Luft baden, herumtollen und zu gesunden Menschen heranwachsen können. Doch wie soll nun der Garten beschaffen sein? Wie kann man aus dem verhältnismäßig kleinen zur Verfügung stehenden Raum neben den ideellen Werten noch erhebliche materielle Werte herausholen? — Das A und O eines Gartens ist der Boden. Betrachten wir den speziellen Berliner Boden. Sand! Wenn schon. Sand ist immer kulturfähig. Im besonderen Berliner Sand. Dieser hat eine zu seinem Vorteil gereichende Eigenschaft, denn darunter ist meist in ganz geringer Tiefe Lehm oder anmoorige Erde. Diese besseren Schichten muß man für den Garten erschließen durch Rigolen. Der Gartenboden wird bis zu einer Tiefe, daß die darunterliegende Schicht in einer Stärke von mindestens 30 Zentimeter dazukommt, vermischt. Jedoch darf nur im Herbst oder Frühwinter rigolt werden, damit vor der ersten Bepflanzung ein tüchtiger Frost den Boden mürbe macht. Rigolt wird wenigstens ein Meter tief, der Grenze nach unten ist kein Ziel gesetzt, man hüte sich nur, eine darunterliegende wasserhaltige Schicht vollständig zu durchstoßen. Kies bleibt auf alle Fälle unten. — Die Technik des Rigolens ist sehr einfach. Der erste Graben wird in genügender Tiefe und Breite ausgehoben, die Erde wird zur Seite gelegt, so daß sie die weitere Arbeit nicht hindert und nun wird Stück für Stück weiter gearbeitet. Der nächste Teil des Landes wird in gleicher Breite und Tiefe ausgegraben und in den ersten Graben hineingelegt und gut untereinander gemischt. Erst nach dem Rigolen wird, wenn sich der Boden wieder etwas gefestigt hat, evtl. erst kurz vor der Bepflanzung im Frühjahr, Stalldünger eingebracht, aber nie tiefer wie 30 Zentimeter. Tiefer in der Erde vertorft Stalldünger und ist für die Pflanzenernährung verloren. Stalldünger kann man ohne Bedenken einen ganzen Zentner auf den Quadratmeter geben.

Ich habe bisher noch nichts vom Aussparen der Wege und des Platzes für die Laube gesagt. Es wird nichts beim Rigolen oder beim Düngen ausgelassen. Es wird alles bearbeitet. Die Wege im Kleingarten werden höchstens mit einer zehn Zentimeter dicken Schicht von Koksasche versehen, die man in jeder Zentralheizung bekommt. Die Decke wird in der Mitte des Weges etwas erhöht, um einen schnellen Ablauf des Regenwassers herbeizuführen, größere Stücke kommen nach unten, auf diesen Wegen ist auch ein

Spazierengehen bei regnerischem Wetter möglich. Die Laube wird so groß angelegt, daß etwaiger Besuch bequem darin unterzubringen ist. Unbedingt gehört ein eigener Raum dem Handwerkszeug, es wirkt un schön, wenn es auf Tischen und Stühlen herumliegt. Vor der Laube empfiehlt es sich noch einen Sitzplatz anzulegen. Eine billig herzustellende Umgrünung schützt den Platz vor neugierigen Blicken. Die Laube wird aus billigstem Material hergestellt; am Dach wird nicht gespart, ins Gesicht tropfendes Wasser erhöht nicht die Gemütlichkeit. Die Schönheitsfehler des Baues werden durch eine hübsche Bepflanzung mit Weinreben verdeckt. Alle Tische sind rund. Sie sparen Platz.

Dann ist noch unbedingt für Wasser zu sorgen. Wieviele Wasserbehälter im Garten eingebaut werden, richtet sich nach der Größe desselben und nach der Bepflanzung. Auch ist die Frage, ob Brunnen oder Leitungswasser, eine reine Kostenfrage. Die Tiefe des Brunnens richtet sich nach dem Grundwasserstand. Der Brunnen muß in der längsten Trockenperiode ausreichend Wasser für den Garten liefern. Zur Einfriedigung eignet sich sehr gut Drahtgeflecht, gut verzinkt ist es fast unbegrenzt haltbar; als Zaunpfähle nimmt man alte eiserne Rohre, die auch sehr billig zu haben sind. Nun die Bewirtschaftung unseres Gartens. Hinter der Laube bleibt ein Stückchen zur weiteren Verfügung unbepflanzt liegen. Der Sitzplatz und die Umgebung der Laube wird mit schön blühenden Ziersträuchern geschmückt. Die Auswahl richtet sich ganz nach Geschmack und Liebhaberei des Besitzers. Der Rest des Gartens: Obst und nochmals



- I. Halbstämme
- V. Himbeeren
- IX. Laube mit Weinreben
- II. Buschbäume
- VI. Brombeeren
- X. Nebenraum
- III. Zierliche Schnurbäume
- VII. Stierträucher
- XI. Sitzplatz mit Rasen
- IV. Hochstämmige Beeren, darunter Erdbeeren
- VIII. Gemüsebeete
- XII. Hühnerwollere im Baumgarten Rasen

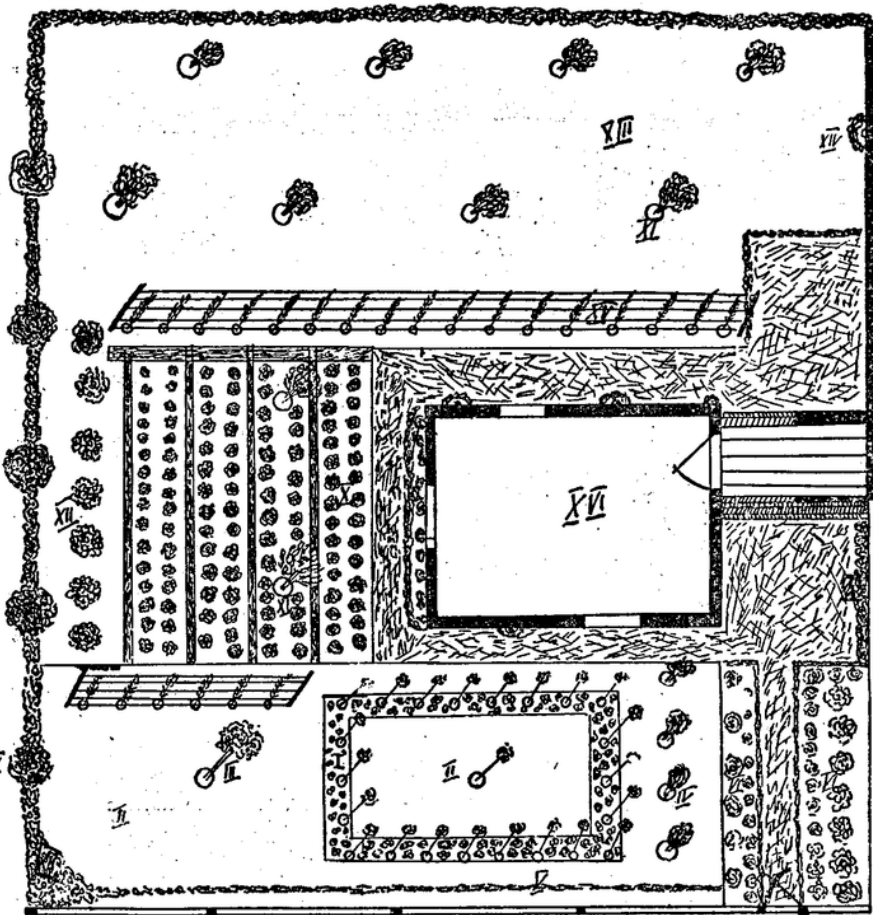
men und Kirschen, meinetwegen, wer es versuchen will, Pfirsiche und Aprikosen; leider sind gerade diese schönen und wohlschmeckenden Früchte für unser Klima nicht hart genug. Johannis- und Stachelbeerhochstämmen, am Zaun als Deckung Brom- und Himbeeren, aber beide als nichttrunkende Sorten und auf den Rabatten Erdbeeren. Bei allen Früchten frühe und späte Sorten, aber ja nicht zu eng pflanzen, das rächt sich sehr schnell und statt einer höheren Ernte bekommt man weniger und hat kranke Bäume. Kernobst-hochstämmen brauchen etwa 10 bis 15 Meter Abstand zu geächtlicher Entwicklung, Steinobst-hochstämmen etwa 8 bis 10 Meter, Halbstämme können auf 7 bis 8 Meter, Buschstämme auf 6 Meter gepflanzt werden. Stachelbeer- und Johannisbeerhochstämmen mit je einem Meter, Brom- und Himbeeren mit 1,50 Meter Zwischenraum.

Unter jedem Baum wird eine der Größe entsprechende Baum-scheibe freigelassen und dann alles mit Rasen besät. So nun können die Hühner drin herumlaufen, dann hat man Obst und frische Eier. Wie bitte, Hühner sehen nicht schön aus? Hühner machen Schaden? Haben Sie schon Silberprenkel oder rebhuhnfarbige Italiener gesehen? Oder weiße Leghorn? Lassen Sie sie ruhig scharren, sie fressen eine Menge Ungeziefer und Maden. Werden die Maden nicht von den Hühnern gefressen, so fressen die Maden im nächsten Jahre aus lauter Dankbarkeit trotz Ihrer Giftspritzerei das Obst. Bei der Ernte sind die Hühner allerdings überflüssig und Lauben und Blumenbeete sind geheiligtes Land für die scharrenden Gehilfen. Gleich hinter der Laube, wo kein Baum, kein Strauch steht, kann man Salat, Radieschen und Möhren pflanzen. Alles was wir anpflanzen, muß roh verzehrt werden können. Obst schmeckt nicht nur Kindern besser als Weißbrot? Wenn in diesem Sinne der Garten behandelt und bebaut wird, macht er Freude und wird uns immer lieb sein trotz mancherlei Arbeit. Küßt er.

# Der Garten und seine Jahreszeiten

Unter dem vorgenannten Titel hat der Verlag Ullstein, Berlin SW. 68, Kochstr. 22/26, ein praktisches Gartenbuch mit 1600 Abbildungen in zwei Bänden, bearbeitet von Professor Dr. A. R. Schindler und Gartenbau-Suspektor Paul Kaege, herausgegeben. Der Preis der beiden Bände, die nur zusammen abgegeben werden, beträgt in Ganzleinen 65 Mk.

Die Leser unserer „Gewerkschaft“ sind seit Jahren in regelmäßigen Abständen betreut und informiert worden über die elementarsten Dinge der Gartenkunst. Wir haben versucht und werden weiter versuchen, in gewissen Abständen diejenigen Kollegen, die ein starkes Interesse für Laubkolonien und Kleingartenbau haben, zu unterstützen in ihren Mühen; denn sie nutzen in der Regel ihre freie Zeit recht zweckmäßig aus. Vor allem kommt ihrer gesamten Familie, insbesondere aber den Kindern, der Schrebergarten zugute. Und wenn sich aus dem bloßen Aufenthalt im Freien und in der Laube noch ein engeres Verhältnis zur Mutter Erde und zu den Pflanzen entwickelt, so kann das auch als besonderer Gewinn für jeden einzelnen gebucht werden. Im Verlag Ullstein ist nun ein zweibändiges Werk erschienen, das sich in verhältnismäßig einfacher, jedenfalls klarer und verständlicher Weise bemüht, die notwendigen Gartenarbeiten der verschiedenen Jahreszeiten so zu beschreiben, damit es für jedermann verständlich ist. Für den ganz gewissenhaften Kleingärtner hat jeder Monat, für manchen sogar jede Woche eine bestimmte Arbeit. Trotz aller Vorträge in den Kleingartenkolonien und trotz



Hausgarten-Bepflanzung

- |   |                           |                         |
|---|---------------------------|-------------------------|
| I. Hochkammrosen, Beet mit Sommerblumen | VI. Stauden bis 50cm Höhe | XI. Buschbäume          |
| II. Rasen                               | VIII. Hohe Hecke          | XII. Johannisbeerbüsche |
| III. Obstha. b. Stamm                   | IX. Einarmiges Spalier    | XIII. Gemüseland        |
| IV. Filz der Eignitrrhecke              | X. Erdbeerbeete           | XIV. Wandspalier        |
|   |                           | XV. Freispalier         |
|   |                           | XVI. Haus               |

aller kleinen Hilfsbücher und der Aufsätze in der Arbeiterpresse ist auch heute noch alles in allem ein ziemliches Drunter und Drüber, sowohl in der Bebauung der Schrebergärten als auch in der Pflege, in der Art und der Auswahl der Pflanzen usw. Wenn man nun auch nicht fordern kann, daß jeder ein einheitliches System in seiner Gartenarbeit durchführt, da ihm oftmals auch hierzu die Zeit fehlen würde, so ließe sich doch bereits heute wesentlich Besseres mit weniger Arbeit erreichen, wenn man die Bodenverhältnisse und die Vorbedingungen für das Gedeihen der einzelnen Pflanzen und Bäume stärker beachten würde. In seinem Vorwort sagt der Herausgeber mit Recht, daß Kräuter, Stauden, Sträucher und Bäume viel Vergleichliches mit dem Menschen haben. Es sind lebende Wesen, wie Tier und Mensch und sie unterliegen den Gesetzen der Vererbung, der Veränderung, der natürlichen Auslese und der Anpassung. Ebenso interessant sind die Beziehungen der Pflanzen zu den Schmetterlingen, Bienen, Vögeln und Ameisen und schließlich zu dem Menschen selbst. So will also dieses Gartenbuch Theorie und Praxis verbinden und sogar die Einführung in die Namengebung der Pflanzen, die den meisten Großstädtern längst abhanden gekommen ist, wird geschaffen. Es läßt sich zusammenfassend von den beiden starken, mehr denn 500 Seiten umfassenden Bänden sagen, daß sie eine Fülle von Anregungen geben und für jeden Laubkolonisten ein treffliches Nachschlagebuch bilden in allen Nöten seiner arbeitsreichen

Freizeit. Nun wird man freilich sagen können, daß immer nur ein begrenzter Teil der Kollegenschaft sich so intensiv mit Gartenbaufragen beschäftigen kann und daß unter Umständen die Gefahr bestehe, daß die gewerkschaftlichen und parteipolitischen Pflichten darunter leiden. Wir möchten gerade an Hand dieses Buches feststellen, daß die theoretische Beschäftigung mit diesen Fragen auch für die Praxis eine so erhebliche Erleichterung bedeutet, daß damit wesentlich Zeit gewonnen werden kann. Wie oft müht sich der Pflanzler ergebnislos, einen Strauch oder einen Baum zum Blühen

und zur Frucht zu bringen. Wie oft ist aber die falsche Behandlung schuld daran, daß Sträucher und Bäume eingehen, und wie oft ist die Unkenntnis der Vorbedingung für die einzelnen Pflanzen und die Unkenntnis der Bodenart und ihrer Verbesserung schuld daran, daß sehr viel freie Zeit unnütz verbraucht wird. So kann man also sagen, daß hier geradezu Zeitersparnis geschaffen wird mit Hilfe einiger Stunden aufmerksamem Studiums auf diesem Gebiet. Was das Buch aber besonders wertvoll macht, ist die unendliche Fülle von Bildern in schwarzen und bunten Farben. Während im ersten Band zunächst das Leben der Pflanzen geschildert wird und alsdann die praktischen Arbeiten in den Monaten März, April, Mai und Juni für Blumen, Gemüse, Obst usw., sind im zweiten Band die Arbeiten vom Juli bis Februar in gleicher Ausführlichkeit behandelt. Dazu kommt eine eingehende Erläuterung gärtnerischer Fachausdrücke sowie eine Uebersicht über die wichtigsten

Gewächse des Gartens mit Angabe ihrer Blütezeiten, Blütenfarben usw. In beiden Bänden werden auf etwa 32 Tabellen die verschiedenartigsten Blumen und Sträucher anschaulich dargestellt. Selbst das Obstlagern und viele andere unbedingt praktische Dinge werden im Bilde wiedergegeben. Ein Verzeichnis der Einjahresblüher, Stauden und Blüthengehölze in tabellarischer Form gibt auch größtenteils die lateinischen Namen wieder und schließlich ist dem Ganzen ein Stichwörterverzeichnis beigelegt, das als Sachregister vorzüglich verwendet werden kann. Auch die äußere Ausstattung dieser beiden Bände ist als durchaus neuzeitlich anzuspreehen. Leider dürfte der Preis für manches Mitglied unserer Organisation schwer erschwinglich sein. Deswegen sollte er es sich, etwa zum Geburtstag oder aus einem anderen besonderen Anlaß dieses Werk schenken lassen. Ebenso sollten insbesondere unsere Filialbibliotheken überall die beiden Bände, womöglich in mehreren Exemplaren, haben. Ganz besonders notwendig erscheinen uns aber diese Bände für unsere Kollegen Straßen- und Wegewärter, soweit sie einen eigenen Kleingarten besitzen; denn sie sind meist weit entfernt von der Möglichkeit, sei es durch Vorträge, sei es durch andere Informationsmittel, sich eine theoretische und praktische Unterlage für ihre Gärten zu schaffen. Sicher macht sich auch bei ihnen die Anschaffung dieser beiden Bände im Laufe der Zeit bezahlt. ed.



## Der Kleingarten im Februar

Je nach der Witterung nimmt der Kleingarten im Monat Februar unsere Aufmerksamkeit in Anspruch. Liegt noch hoher Schnee und herrscht starker Frost, wird es nicht gut möglich sein, irgendwelche Arbeiten vorzunehmen. Anders dagegen ist es bei mildem oder gar frostfreiem Wetter. An erster Stelle werden es die Obstbäume sein, denen wir unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden haben. Gegen Ende des Monats erhalten das Kernobst und die Beerensträucher den sogenannten Winterschnitt. Bei Zwerg- bzw. Formobstbäumen ist bei Anwendung des Winterschnitts ein anderes Verfahren geboten als bei den dem natürlichen Wachstum überlassenen Busch- oder Hochstammobstbäumen. Bei den ersteren ist der Winterschnitt nur noch ein Ausputzen überflüssiger, nach dem Sommerschnitt unentwickelt gebliebener oder die Form störender Zweige. Bei den naturgewachsenen Buschobstbäumen oder Hochstammformen wird der Winterschnitt ein Auslichten der zu dicht aneinander stehenden Zweige sein. Auch je nach der Obstsorte hat ein mehr oder minder starkes Auslichten zu erfolgen. Jedenfalls ist besonders darauf zu achten, daß alle in die Krone hineinwachsenden Zweige beseitigt werden, auch solche, die zu gegenseitiger Kreuzung neigen, weil das sehr leicht, wenn sie eng aneinander stehen, Reibungsflächen verursacht. Als Grundsatz gelte: „Licht schaffen“. Daher auch das Wort „Auslichten“. Je mehr das Sonnenlicht die Baumkrone durchfluten kann, um so besser entwickeln sich Blätter und Blütenknospen. Erfolgt das Auslichten alljährlich, so wird die Arbeit nur geringen Umfang haben. Anders, wenn es ein oder gar mehrere Jahre unterblieben ist. Die Steinobstsorten, wie Kirschen, Pflaumen, Pfirsiche und Aprikosen brauchen so gut wie gar nicht beschnitten werden, allenfalls entferne man dort allzu stark hindernde Zweige. Starkes Schneiden bei Steinobst birgt die Gefahr des Harzflusses. Die Schnittwunden sind mit Lehm zu bestreichen, um ein Verheilen der Wunde zu begünstigen. Ebenso gut ist für diesen Zweck der Steinkohlenteer. Er schließt die Wunde luftdicht ab, so daß der Verheilungsprozeß dadurch beschleunigt wird.

Beerenobststräucher, namentlich die Stachelbeeren wie auch die Johannisbeeren, sind besonders dankbar für reichliches Auslichten. Bei diesen sind die alten vier- bzw. dreijährigen Zweige am besten gleich an der Wurzelbasis wegzuschneiden. Es trägt das Beerenobst am reichlichsten am zweijährigen Holz. Die Furcht, daß durch starkes Auslichten der Beerenobststräucher der Fruchttertrag vermindert wird, ist unberechtigt. An dem jungen, starkwüchsigen Holz, das sich um so besser entwickeln kann, wachsen dann recht große Früchte, so daß ein Ausgleich in der Menge des Ernteertrags erfolgt. Zu den Beerenobststräuchern ist auch die Himbeere zu zählen. Der Schnitt an diesem Beerenobst ist einfach und beschränkt sich auf das Beseitigen der vorjährigen, abgestorbenen Triebe. Die jungen, aus dem Vorjahr stammenden Triebe sind um ein Fünftel bis ein Viertel ihrer Länge zu kürzen.

Neben dem Schneiden der Obstbäume ist das Spritzen gleichfalls eine Arbeit, die in diesem Monat zu erfolgen hat. Das Spritzen richtet sich gegen die verschiedenen Arten von Ungeziefer wie auch gegen die mancherlei Pilzkrankheiten. Der Kampf gegen Ungeziefer und Krankheiten darf sich freilich nicht nur im Monat Februar äußern, sondern muß das ganze Jahr, und zwar systematisch geführt werden. Die Unterlassung kann sich recht übel rächen. Als Spritzmittel sind zu empfehlen das Obstbaum-Karbolinolum. Im Monat Februar, wo die Knospen noch in starker Hülle stecken, kann eine 10- bis 15prozentige Lösung des Obstbaum-Karbolinolums Anwendung finden. Ferner sei das bekannte Solbar genannt. Solbar wird im Februar in 5prozentiger Lösung angewendet. Das Solbar ist schwefelhaltig und eignet sich auch als gutes Spritzmittel gegen die Pilzkrankheit Mehltau, die sehr oft die Stachelbeere befallt und diese stark schädigt.

Wer über Fertigkeiten in der Kunst des Veredelns verfügt, wird gegen Ende des Monats, sofern Veredlungen gemacht werden sollen, diese üben können, freilich müßten die Edelreiser am besten vorher geschnitten sein. Die Steinobstsorten, auch

Stachel- und Johannisbeeren können Ende Februar veredelt werden. — Dort, wo die Einfriedung der Gärten durch Hecken erfolgt ist, sind auch die Hecken zu schneiden. Von der Art der Heckenpflanzung hängt der stärkere oder schwächere Winterschnitt ab. Im allgemeinen können die Hecken ziemlich stark zurückgenommen werden, damit sie keine überflüssige Breite annehmen und überflüssigen Schatten bilden.

Auch wird dem Düngen des Gartens Aufmerksamkeit zu schenken sein, denn von einer guten Bodenbearbeitung hängt zum größten Teil der Erfolg ab. Ganz allgemein sei gesagt, daß in erster Linie ein guter tragbarer Gartenboden humusreich sein muß. Die Humusbildung wird erzielt durch Zuführung von natürlichem Stalldünger sowie von allerlei pflanzlichen oder tierischen

Verwefungsstoffen. Niemals darf der Dünger übermäßig tief in den Boden eingegraben werden, weil er sonst aus Mangel an Luftsaurestoff in der Erde verrotzt und seine Düngkraft verliert. Zu dem natürlichen Düngestoff zählt auch die Jauche. Der Kleingärtner kann sich solche auch künstlich erzeugen. Ein Kilo Hornspäne in eine Wassertonne geschüttet, diese mit heißem Wasser begossen und darauf die Tonne mit Wasser gefüllt, gibt eine gute brauchbare Jauche ab. Es ist freilich darauf zu achten, daß Jauche erst im abgeregorenen Zustand dem Boden zugeführt wird, weil sonst sehr leicht die Baumwurzeln durch die unausgeorene, ätzend wirkende Jauche Schaden leiden. — Zu den Arbeiten, die in diesem Monat noch

im Garten geleistet werden können, gehört auch das Rigolen. Es kann 60 bis 75 Zentimeter tief erfolgen. Beim Gemüsebau genügt ein Rigolen von höchstens 50 Zentimeter.

Sollen Obstbäume und -sträucher gepflanzt werden, dann freilich kann das Rigolen bis zu 75 Zentimeter, gegebenenfalls in darüber hinausgehender Tiefe erfolgen. In Gärten mit alter Pflanzung verbietet sich das Rigolen von selbst. Unter besonders günstigen Witterungsverhältnissen können im Monat Februar einige Gemüsearten ausgesät werden, u. a. Mohrrüben, Zwiebeln, Porree, Petersilie, auch Kohlgewächse, doch ist es für die Kohlgewächse besser, wenn sie im geschützten Mistbeetkasten ausgesät und dann später ins freie Land gesetzt werden.

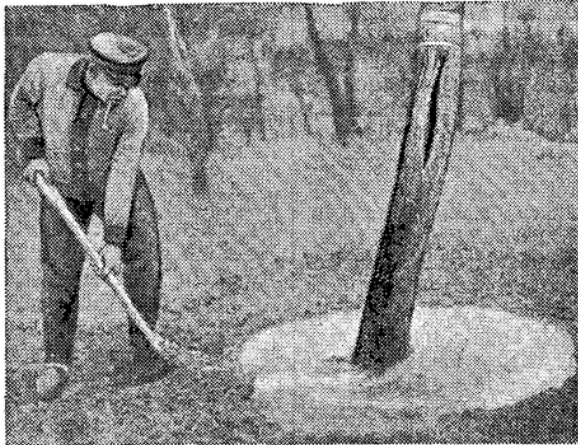
Auf den Blumenbeeten wird im Februar nichts Besonderes zu tun sein. Hier und dort lugt das Schneeglöckchen als erster Frühlingsbote aus dem Boden heraus und das Schneeglöckchen zusammen mit blühendem Haselstrauch künden das Nahen des jungen Frühlings.

Kl.

## Verfügung zugunsten der Kleingärtner

Der preußische Minister für Volkswohlfahrt sagt in einem besonderen Rundschreiben:

„Ich nehme Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß der Kleingärtner durch die Kleingartenordnung vom 31. Juli 1919 nicht nur einen Schutz gegen unberechtigte Kündigung seines Pachtlandes genießt, sondern auch einen gesetzlichen Anspruch auf die Vereinstellung von ausreichendem Gelände für Kleingartenzwecke hat. Läßt sich die Entfernung der Kleingärtner von ihrem bisher bewirtschafteten Lande — nach Vorliegen der Kündigungs Voraussetzung § 3 Absatz 2 KGO. — nicht vermeiden, so ist es, worauf ich bereits am Schluß des RdErL. vom 6. Februar 1923 (L. 3. 1503) hingewiesen habe, Aufgabe aller beteiligten Stellen, dafür zu sorgen, daß den Kleingärtnern vorher Ersatzland sichergestellt, auch sonst für wesentlichen Schaden Ersatz geleistet wird. Soweit die unteren Verwaltungsbehörden mit der Entscheidung von Streitigkeiten, die sich aus der Anwendung der Bestimmungen der Kleingartenordnung ergeben, befaßt sind, werden sie daher die Anerkennung der Wichtigkeit eines Kündigungsgrundes weitgehend von der vorherigen Erfüllung dieser Grundbedingungen abhängig zu machen haben. Die Kleingartenchiedsgerichte werden in geeigneter Weise gleichfalls hierauf aufmerksam zu machen sein. Insbesondere findet sich nichts dagegen einzuwenden, wenn bei Anerkennung des Kündigungsgrundes als eines wichtigen den zur Räumung verpflichteten Kleingärtnern zur Vermeidung besonderer Härten vom Kleingartenchiedsgericht, wie dies z. B. kürzlich von einem Kleingartenchiedsgericht geschehen ist, die Räumung des bisherigen Pachtlandes von Zahlung einer von dem Kleingartenamt festgesetzten Entschädigung abhängig gemacht wird.“



Winterarbeit im Obstgarten an frostfreien Tagen

## Kampf um's Brot

Die allgemeine wirtschaftliche Notlage der Arbeiter von Chicago und Umgebung und der beginnende Eisenbahnstreik gibt den bestreuten Arbeitern Bert, Tom, Billy und ihren Frauen Veranlassung zur Diskussion, warum Gewerkschaften notwendig sind und ob etwas durch sie zu erreichen ist.

### III.

Zuweilen, an den langen Nachmittagen, wenn Saxon, die Hände im Schoß, am Fenster saß, ertappte sie sich dabei, wie sie sich die Wanderung ihrer Familie über Prärie, Berge und Wüsten nach dem Lande des Sonnenuntergangs am westlichen Meere vorzustellen versuchte. Und oft träumte sie von dem idyllischen Leben ihrer Familie in jenen Tagen, als sie nicht in Städten wohnten und nicht von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden gepeinigt wurden. Sie erinnerte sich der alten Erzählungen, wie sie ihr eigenes Gemüse gebaut hatten, ihre eigenen Schmiede und Zimmerleute gewesen waren, ihre eigenen Schuhe verfertigt hatten — ja, und ihre eigenen Kleider gesponnen und gewebt hatten. Und ihr schien, sie könnte noch den träumerischen Ausdruck in Toms Gesicht sehen, als er davon gesprochen hatte, daß es sein höchster Wunsch gewesen war, ein Stück Boden vom Staat zu pachten. Ja, das Leben eines Landmannes muß herrlich sein, dachte sie bei sich. Wie konnten die Menschen nur in Städten leben? Hatte es in alten Tagen genug gegeben, warum denn nicht jetzt? Warum mußten Männer sich zanken, streiken, kämpfen, nur um sich Arbeit zu verschaffen? Warum gab es nicht genug für alle? Erst heute morgen — und ihr schauderte bei dem Gedanken — hatte sie gesehen, wie zwei Streikbrecher auf dem Wege zur Arbeit zuschanden geprügelt wurden von Männern, die sie dem Aussehen, einige auch dem Namen nach, kannte, und die ganz in ihrer Nachbarschaft wohnten. Es war roh, so brutal gewesen — ein Duzend Männer gegen zwei. Schutzleute waren mit geladenen Revolvern hinzugekommen, und die Streikenden hatten sich in die Häuser und die Gäßchen zwischen den Häusern zurückgezogen. Einen der Streikbrecher hatte man im Krankenwagen weggeschafft; der andere, der von der Hauspolizei der Eisenbahn Hilfe bekommen hatte, war nach den Werkstätten gebracht worden. Maggie Donahue, die, ihr Kind auf dem Arm, auf den Stufen vor ihrem Hause stand, hatte ihn mit Schimpfworten überschüttet, die Saxon die Schamröte in die Wangen getrieben hatten. Auf den Stufen des anderen Nachbarhauses hatte Saxon mitten in der Schlägerei Mercedes gesehen, wie sie die Kämpfenden mit einem selbstamen Lächeln betrachtete. Ja, sie hatte offenbar mit großem Eifer zugehört, und ihre Nasenflügel hatten gebebt, als ob sie heftig atmete. Es war Saxon aufgefallen, daß die alte Frau nicht im geringsten ängstlich, nur neugierig war.

Zu Mercedes, die in allem, was Liebe betraf, so klug war, ging Saxon, um eine Erklärung zu erhalten, was mit der Welt los war. Aber was die alte Frau über industrielle und ökonomische Fragen zu sagen hatte, war zu unverständlich und gefiel ihr nicht.

„Ja, ja, mein Kind, das ist ganz einfach. Die meisten Menschen sind dumm geboren. Sie sind Sklaven. Einige wenige sind klug geboren. Das sind die Herren der anderen. So hat Gott wohl die Menschen erschaffen.“

„Aber was sagt Gott zu der furchtbaren Prügelei drüben?“

„Ich fürchte, daß sie ihn nicht im geringsten interessiert“, lächelte Mercedes. „Ich zweifle sogar, daß er überhaupt etwas davon weiß.“

„Ich hatte eine Todesangst“, erklärte Saxon. „Ich wurde ganz krank davon. Aber Sie — ich sah Sie — Sie sahen ganz ruhig zu, als wäre es eine Theatervorstellung.“

„Es war auch eine Theatervorstellung, mein Kind.“

„Ach, wie können Sie das sagen?“

„Ja, ja, ich habe früher schon gesehen, wie Männer getötet wurden. Dabei ist nichts Merkwürdiges. Alle Menschen müssen sterben wie Ochsen, sie wissen selber nicht, weshalb. Es ist beinahe komisch, das zu sehen. Sie fahren mit Fäusten und Keulen aufeinander los und zer schlagen sich die Köpfe. Es ist ein plummes Spiel. Sie sind wie Hunde, die sich um einen Knochen schlagen. Nur daß ihr Knochen die Arbeit heißt. Sehen Sie, wenn sie um Frauen oder um Ideale oder um Gold in Barren oder um Diamanten von fabelhaftem Wert kämpfen, dann wäre es großartig. Aber nein, sie sind nur hungrig und schlagen sich um die Krumen zur Stillung ihres Hungers.“

„Ach, wenn ich das doch nur verstehen könnte“, murmelte Saxon und rang verzweifelt die Hände, weil sie nicht verstehen konnte und doch so gern wollte.

„Da gibt es nichts zu verstehen. Es ist so klar wie der Tag. Es hat immer dumme Menschen und kluge Menschen, Sklaven

und Herren, Bauern und Fürsten gegeben. Und so wird es bleiben.“

„Ja, aber warum?“

„Warum ist ein Bauer ein Bauer, mein Kind? Eben weil er ein Bauer ist. Warum ist eine Fliege eine Fliege?“

Saxon warf gereizt den Kopf zurück.

„Aber, mein Kind, ich habe Ihnen doch geantwortet. Alle philosophischen Systeme der Welt können keine bessere Antwort geben. Warum wollen Sie lieber Ihren Mann haben als irgendeinen anderen? Weil er Ihnen gefällt, wie er ist, das ist alles. Warum brennt Feuer und schneidet Frost? Warum gibt es kluge Männer und dumme Männer? Herren und Sklaven? Arbeitgeber und Arbeiter? Warum ist schwarz schwarz? Beantworten Sie das, und Sie werden alles beantwortet haben.“

„Aber es ist nicht recht, daß Menschen hungern und müßig gehen sollen, wenn sie bereit sind, zu arbeiten, wenigstens unter anständigen Bedingungen“, protestierte Saxon.

„Nun ja, das ist richtig, aber auf dieselbe Art und Weise, wie es richtig ist, daß Steine nicht wie Holz brennen, daß Sand kein Zucker ist, daß Dornen stechen, daß Wasser naß ist und daß Rauch hochsteigt, daß die Dinge herunter- und nicht hinauffallen.“

„Aber dann haben wir ja weder Freiheit noch Unabhängigkeit“, rief Saxon leidenschaftlich. „Der eine ist nicht so gut wie der andere. Mein Kind hat nicht dasselbe Recht zum Leben wie das Kind einer reichen Mutter.“

„Nein, selbstverständlich hat es das nicht“, antwortete Mercedes.

„Und doch haben meine Dorfjahren für all diese Dinge gekämpft“, ereiferte sich Saxon, die sich des Geschichtsunterrichts in der Schule und des Schwertes ihres Vaters erinnerte.

„Demokratie — der Traum der dummen Menschen. Ja, ja, mein Kind, Demokratie ist eine Lüge, um die Arbeitstiere froh und heiter zu halten, wie in alten Tagen die Religion sie froh und heiter hielt. Wenn sie unter Mühen und Beschwerden stöhnten, dann überredete man sie, mit ihren Mühen und Beschwerden auszuhalten, indem man ihnen hübsche Geschichten von einem Land erzählte, wo sie in Freude und Herrlichkeit leben sollten, während die Klugen über ewigem Feuer brieten. Wie die Klugen gelacht haben müssen! Und als die Lüge verbraucht war und man von der Demokratie zu träumen begann, da sorgten die Klugen dafür, daß sie in Wahrheit ein Traum wurde und nichts als ein Traum. Die Welt gehört den Großen und Klugen.“

„Aber Sie gehören doch selbst der Arbeiterklasse an“, sagte Saxon. Die alte Frau richtete sich fast zornig auf.

„Ich? Der Arbeiterklasse? Mein Kind, wenn ich auch mein Geld durch Spekulationen verloren habe, wenn ich auch zu alt bin, um die stolzen jungen Männer zu gewinnen, wenn ich auch die Männer überlebt habe, die ich in meiner Jugend kannte, und wenn ich auch mit Barry Higgins hier im Ghetto wohne und mich auf den Tod vorbereite — so bin ich doch unter den Herrschern geboren, mein Kind, und habe all meine Tage den Fuß auf den Nacken der Dummen gesetzt. Ich habe seltene Weine getrunken und an Gastmählern teilgenommen, die unsere Nachbarschaft ein ganzes Menschenalter hätten ernähren können. Dick Golden und ich — es war Dicks Geld, aber es hätte meines sein können — Dick Golden und ich verloren vierhunderttausend Frank in einer Woche an den Spieltischen von Monte Carlo. Er war Jude, aber er verstand Geld auszugeben. In Indien habe ich Juwelen getragen, die Tausende von Familien hätten vom Hungertode erretten können — die Tausende, die vor meinen Augen starben.“

„Sie sahen sie sterben? Und taten nichts für sie?“ fragte Saxon entsetzt.

„Ich behielt meine Juwelen — ja, ja, und ehe das Jahr um war, wurden sie mir von einem russischen Offizier gestohlen.“

„Und Sie ließen sie sterben?“ wiederholte Saxon.

„Es war elendes Gewürm. Sie wimmeln und vermehren sich wie die Maden. Sie sind nichts wert — nichts, mein Kind. Sie waren nicht mehr wert als die Arbeiter hier, deren größte Dummheit ist, daß sie weiter Nachkommenschaft in die Welt setzen, damit auch die für die Herren schufken kann.“

So kam es, daß Saxon, die, wenn sie andere hörte, hin und wieder ein wenig Sinn ins Dasein bringen konnte, keinen Sinn in dem finden konnte, was die furchtbare alte Frau sagte. Mit den Wochen wurden die streikenden Arbeiter immer wütender und erbitterter, und Billy schüttelte den Kopf und gab zu, daß es ihm nicht möglich war, einen Sinn in dem Unglück zu finden, das den Horizont des ganzen Arbeiterstandes verfinsterte.



## Heilbehandlung und Krankenversicherung

In Deutschland besteht die sogenannte „Kurierfreiheit“. Das heißt, es kann bei uns jede Person, sei es gegen irgendein Entgelt, sei es ohne eine Entschädigung, behandeln. Es wird — im Gegensatz zu manchen anderen Ländern — für derartige Laienbehandler nicht einmal eine bestimmte Ausbildungsart oder -zeit vorgeschrieben. Jeder einfache Handwerker und Spezialarbeiter muß neben einem bestimmten Schulbesuch eine meist jahrelange Lehrzeit durchmachen, ehe er seinen Beruf als Geselle ausüben kann. Will er als Meister selbständig arbeiten und selbst wieder Nachwuchs für seinen Beruf heranziehen, so muß er durch Prüfungen usw. seine Fähigkeit hierzu besonders beweisen. Anders ist es mit den Personen, denen die menschliche Gesundheit anvertraut ist. Von diesen werden weder eine bestimmte Vor- und Ausbildung, noch irgendwelche Prüfungen verlangt. Jeder, der sich irgendwie berufen dazu fühlt, oder den Not und Mangel an anderer Beschäftigung dazu treiben, kann seine Künste an der leidenden Menschheit probieren. Die Zahl der praktizierenden sogenannten Laienbehandler ist größer, als mancher Ueingeweihte annimmt. Auf der anderen Seite stehen die wissenschaftlich vordurchgebildeten Aerzte, die neben ihrem Studium noch besondere Prüfungen ablegen müssen. Diese Aerzte müssen außerdem noch „approbiert“ sein. Diese Approbation ist eine besondere Zulassung auf Grund des § 29 der Gewerbeordnung. Es ist also nicht leicht und auch nicht billig, Arzt zu werden. Wir haben demnach bei uns auf der einen Seite ein großes Heer unkontrollierter und auch unkontrollierbarer Laienbehandler und auf der anderen Seite eine mehrfach vorgebildete, geprüfte und gleichzeitig besonders rechtlich geschützte Ärzteschaft. Dieser Rechtszustand hat nun zu manchen Eigentümlichkeiten geführt. Die Aerzte fühlen sich — und müssen es auf Grund ihrer Entwicklung auch — als die allein berufenen und befähigten Krankenbehandler. Ihre Sonderstellung wird noch durch eine äußerst straffe und vorbildlich gute gewerkschaftliche Organisation gestärkt. Sie blicken auf die Laienbehandler mit Verachtung herab und führen gegen sie einen schweren, aber meist erfolglosen Kampf. Die Kurierfreiheit hat weiter dazu geführt, daß alle Laienbehandler mit dem Sammelnamen „Kurfuscher“ bezeichnet werden. Dabei steht es einwandfrei fest, daß es unter den Laienbehandletern eine erhebliche Anzahl tüchtiger Leute gibt, die aber aus den oben angeführten Gründen nicht vorwärtskommen und ebensowenig angesehen sind, wie jeder beliebige Kurfuscher und Schwindler. Die Aerzte vertreten sämtlich — von wenigen Ausnahmen abgesehen — die „Schulmedizin“. Alle anderen Heilmethoden halten sie für unwissenschaftlich und falsch. Dabei gibt es schon seit Jahren noch andere Methoden, denen man Erfolge nicht absprechen kann. Wir nennen hier nur die verschiedenartigen Naturheilmethoden, die von der Schulmedizin nicht genügend anerkannt werden. Wir haben also heute auf der einen Seite eine konservative Schulmedizin, die andersdenkende Methoden und Fortschritte ungenügend unterstützt, während auf der anderen Seite wirklich gute und auch wissenschaftlich erprobte Heilmethoden nicht vorwärtskommen.

Es muß nun die Frage aufzuheben, wie sich die größte Organisation und Einrichtung für die Gesundheitspflege, nämlich die reichsgesetzliche Krankenversicherung zu dieser Frage stellt. Die Stellung dieser Einrichtung, die heute fast die Hälfte aller Einwohner in den Schutz ihrer Krankenfürsorge aufgenommen hat, ist bei der Beurteilung der Frage mehr als nur beachtlich. Es sei gleich vorweg genommen, daß die Krankenversicherung die Laienbehandler vollkommen ausgeschaltet hat. Die Krankenkassen gewähren neben anderen Leistungen „ärztliche Behandlung“. In diesem Wortlaut liegt schon, daß die Behandlung nur von Aerzten ausgeführt werden darf. Im § 122 der Reichsversicherungsordnung heißt es darüber hinaus noch ausdrücklich: „Die ärztliche Behandlung im Sinne dieses Gesetzes wird durch approbierte Aerzte, bei Zahnkrankheiten auch durch approbierte Zahnärzte (§ 29 der Gewerbeordnung) geleistet. Sie umfaßt Hilfeleistungen anderer Personen, wie Bader, Hebammen, Heilbediener, Heilgehilfen, Krankenträger, Masseure u. dgl. sowie Zahntechniker, nur dann, wenn der Arzt (Zahnarzt) sie anordnet oder wenn in dringenden Fällen kein approbierter Arzt (Zahnarzt) zugezogen werden kann.“ Es wird hier also ausdrücklich festgelegt, daß die Behandlung Kranker auf Kosten der Krankenversicherung nur durch approbierte Aerzte erfolgen kann. Die Kassen sind nicht berechtigt, die Behandlungskosten durch Laienbehandler zu übernehmen, da der oben wiederergebene § 122 zwingender Natur ist. Auch wenn also eine Kasse einmal großzügig sein und derartige Kosten übernehmen wollte, so darf sie dies doch nicht tun. Eine Ausnahme ist nur dann

möglich, wenn ein approbierter Arzt ausdrücklich eine Hilfeleistung durch eine andere Person zuläßt bzw. anordnet. Dies ist beispielsweise dann der Fall, wenn ein Arzt Massagen oder Bäder verordnet, die von einem Masseur oder Bademeister ausgeführt werden. Weiter ist eine Ausnahme in dringenden Fällen möglich. Aber auch wenn in einem dringenden Fall irgendein Laienbehandler die erste Hilfe geleistet hat, so darf er die weiter notwendig werdende Behandlung nicht durchführen. Hierfür ist dann nur wieder ein approbierter Arzt zulässig. Selbstverständlich steht es jedem Kassenmitglied unbenommen, sich behandeln zu lassen von wem es will. Die Kasse darf jedoch — abgesehen von den oben erwähnten Ausnahmefällen, die Kosten nur dann übernehmen, wenn ein Arzt die Behandlung ausführt. Ja die Ausschaltung der Laienbehandler geht sogar noch weiter. Nach den Entscheidungen der Versicherungsbehörden dürfen die Krankenkassen die Arznei- und Heilmittel, die ein Laienbehandler verordnet, nicht bezahlen. Ob die Mittel wirklich gut sind und den Erkrankten Hilfe bringen, darauf kommt es nicht an.

Aus diesen Ausführungen ist ersichtlich, daß die Versorgung der Versicherten mit ärztlicher Hilfe und Arznei nur durch Aerzte erfolgen kann. Die Kassenmitglieder können auf Kosten der Versicherung nur eine Behandlung in der Methode der Schulmedizin verlangen. Gewiß gibt es hier und da einige Aerzte, die nach der sogenannten Naturheilmethode behandeln. Die Kosten hierfür muß dann die Kasse bezahlen. Es kommt ja nach dem Gesetz nur darauf an, daß ein Arzt die Behandlung ausführt. In welcher Art und Weise dieser dann behandelt, ist nach dem Gesetz gleichgültig. Zu beachten ist hierbei jedoch, daß zur Behandlung der Versicherten nur Kassenärzte zugelassen sind. Praktiziert daher wirklich einmal ein Arzt nach einem Naturheilverfahren, so ist es immer noch fraglich, ob er auch zur Behandlung von Kassenmitgliedern zugelassen ist. Ist dies nicht der Fall, so braucht die Krankenkasse die Kosten nicht zu übernehmen. KI—s.

## Bildungsarbeit

### Volkshochschulheim Schloß Sachsenburg

Die Sachsenburg liegt am Fuß des Erzgebirges auf steilem Felsen am Ufer der Zschopau, dem kleinen Gebirgsflüßchen, dessen Kraft im Dienst der Industrie steht. Das Zschopautal ist in seiner Romantik und Schönheit das Ziel vieler Wanderer. Die Chronik erzählt, daß Schloß Sachsenburg im 11. Jahrhundert errichtet worden ist und dem Schutze des Silberbergbaues diene, der um diese Zeit im nebenliegenden Treppenhauer betrieben wurde und sich talabwärts bis hinüber nach Schönborn erstreckte. Als militärischer Stützpunkt dürfte der Burg wenig Bedeutung beizumessen sein, denn sie liegt völlig abseits vom Verkehr und in tiefer Einsamkeit. Stammsitz eines Fürstengeschlechts war sie nicht, denn ihre Besitzer wechselten mehrere Male. Die kaiserlichen Truppen zerstörten 1667 den vorderen Teil, der aber im alten Stil wieder aufgebaut wurde. Der hintere Teil ist seit der Erneuerung im Jahre 1488 keinen wesentlichen baulichen Veränderungen unterworfen worden. Das gesamte Gebäude ist heute noch in einem sehr guten Zustand und ist immer bewohnt gewesen. Von außen sieht die Burg kahle und schmucklos aus, im Innern aber zeigt sie die Mannigfaltigkeit der spätgotischen Stilformen. Im Jahre 1867 erniedrigte man sie zur Korrekptionsanstalt, als solche beherbergte sie durchschnittlich 200 Sträflinge. Diesem Zweck diene die Sachsenburg bis 1925. Zu dieser Zeit siedelten die Insassen in andere Anstalten über, die Fenstergitter verschwanden und im Innern wurde das Gebäude vollständig renoviert. Die verhaßte Korrekptionsanstalt verwandelte sich binnen kurzem in ein ideales Volkshochschulheim. Die Ahnen der Burg hätten sich eine derartige Wandlung der Dinge wohl nie träumen lassen!

Durch Bemühungen des Regierungsrats Dr. Kaphahn ging die Burg, die Eigentum des sächsischen Staates ist, vom Justizministerium in die Hände des Volksbildungsministeriums über und wurde dem Verein Volkshochschule Sachsen e. V. zur Verfügung gestellt. Unterstützt durch den sächsischen Staat schuf er hier eine Stätte der Schulung, wo junge Menschen sich die geistigen Waffen des harten Kampfes ums Dasein schmieden können. Den Unterricht erteilen zwei festangestellte Lehrer und einige Gastdozenten. Der Lehrplan umfaßt die Hauptgebiete der Sozialwissenschaften (Staat, Wirtschaft, Politik) ferner Psychologie, West-

anschauung und Kunst. Wenngleich die Kursusdauer (4 Wochen) nicht genügt, um Fachleute heranzubilden, so erreicht das Heim doch seinen Zweck, der darin besteht, den Geist des Menschen zur Reife zu bringen. Verfehlt wäre es auch, wollte man meinen, daß mit der Absolvierung eines Kursus ein bestimmter Bildungsgang abgeschlossen ist, das soll nicht sein. Der Unterricht wird so gehalten, daß die verschiedensten Probleme aufgerollt und durchleuchtet werden, eine endgültige Klärung erst die Praxis des täglichen Lebens bringen muß. Ein Unterschied gegenüber der Arbeiterbildung ist insofern vorhanden, indem man den Menschen, den Staatsbürger in den Vordergrund stellt und nicht den Arbeiter, den Lohnsklaven. Damit will ich aber keineswegs ein Werturteil fällen. Es wäre verfehlt, wenn man deshalb die freien Volkshochschulbildungstätten meiden wollte, im Gegenteil, man kann sich wirklich gutes und brauchbares Material holen, für das immer Verwendung da ist. Auch muß ich feststellen, daß die Unorganisierten mit Ende der Kurse sehr leicht zu organisieren sind.

Die innere Organisation des Heims trägt die „äußeren“ Merkmale einer Gemeinschaft. Absichtlich schreibe ich „äußeren“, denn um auch ein innerer Gemeinschaftsmensch zu sein, ist schon ein hoher Grad von Selbstdisziplin und Gemeinschaftsgestinnung notwendig und der Wille zur Gemeinschaft ist Voraussetzung. Daß dies bei einigen Schülern nicht oder nur zum Teil zutrifft, ist leicht verständlich und aus der menschlichen Schwäche heraus zu erklären. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung kann ja unmöglich Gemeinschaftsmenschen erziehen, zwangsläufig wurzelt sie zu tief in allen Schichten des Volkes.

Die Schülerschaft ist autonom, wählt sich ihren Schülerrat, der sie in allen Fragen bei der Schulbildung vertritt. Wichtige Dinge, die den Lehrplan, Unterricht oder die Heimordnung betreffen, werden nur im Einvernehmen mit der Schülerschaft geregelt.

Dem Volkshochschulheim stehen alle Räume des Schlosses Sachsenburg zur Verfügung. Es wird in ihm nicht nur unterrichtet, sondern auch gewohnt und gearbeitet. Ungefähr 30 Schüler können Aufnahme finden. Da die Inneneinrichtung des Heims sauber und vorbildlich ist, fühlen sich auch die Schüler während der vier Monate heimisch und wohl in ihren Buden, die je von 2 bis 4 Mann bewohnt werden. Außer einem schönen Unterrichtszimmer sind noch ein großer gemeinschaftlicher Speisesaal, eine umfangreiche Bibliothek und ein kleineres Arbeitszimmer für ungestörtes Arbeiten vorhanden.

Die Tageseinteilung ist folgende: früh 7 Uhr Wecken, 7.30 Uhr Frühstück, 8 bis 12 Uhr Unterricht, 12.30 gemeinschaftliches Mittagessen, 13 bis 15 Uhr Gruppenarbeit zur Erhaltung des Heims, 14.15 Uhr Desper, 19 Uhr Abendbrot. In den freien Nachmittags- und Abendstunden kann sich der Schüler seinen Arbeiten widmen oder es finden zwanglose Diskussionsstunden statt, die die Schüler selbst veranstalten. — Einem jeden, der ernstlich gewillt ist, sich vier Monate ungestört vom Alltag mit den Problemen des öffentlichen Lebens zu befassen, kann ich den Besuch des Volkshochschulheims Schloß Sachsenburg nur empfehlen. **H. Richter.**

**Politische und wirtschaftliche Wochenschau**

**Anschluß Schaumburg-Lippes an Preußen?** Der Landtag von Schaumburg-Lippe hat mit verfassungsändernder Mehrheit die Regierung bevollmächtigt, Verhandlungen mit der preussischen Regierung über den Anschluß Schaumburg-Lippes an Preußen zu führen und einen Vertrag vorzubereiten, der dem Landtag zur Beratung vorzulegen ist.

**Young-Plan und Reichstag.** Der Reichstag trat am 11. Februar in die Beratung der Gesetze zum Young-Plan ein. Der Führer der Deutschnationalen, Hugenberg, hatte nach acht Jahren wieder einmal den Mut gefaßt, im Reichstage zu reden. Er verunglückte dabei wieder vollständig. Unter Spott und Hohn der weitaus größten Mehrheit des Reichstages mußte er abtreten.

**Die Reichsindeziffer für die Lebenshaltungskosten** betrug im Januar 1930 151,6 für die Gesamtlebenshaltung. Sie war um 0,7 Proz. niedriger als im Dezember 1929.

**Bayerisches Wahlgesetz rechtswidrig.** Der bayerische Staatsgerichtshof hat am 13. Februar entschieden, daß die Artikel 42 und 58 des bayerischen Landeswahlgesetzes gegen die Reichsverfassung verstoßen. Danach müssen 15 von den Parteien auf Grund der Bestimmungen „ernannte“ Abgeordnete ihre Mandate an solche Kandidaten abtreten, die auf Listen der einzelnen Wahlkreise standen.

**„Die Rote Fahne.“** Der „Vorwärts“ stellte am 13. Februar fest und hält seine Behauptung aufrecht, trotz der Dementis des K.P.D.-Abgeordneten Stöder im Reichstage und der russischen Volkspartei, daß die „Rote Fahne“ durch Abnahme von 5000 Exemplaren durch die russische Volkspartei und Handelsvertretung subventioniert werde. Des bedente einen jährlichen Rückgang von 288 000 Mk. Die Gesamtanlage der „Roten Fahne“ betrage 25 000 Exemplare.

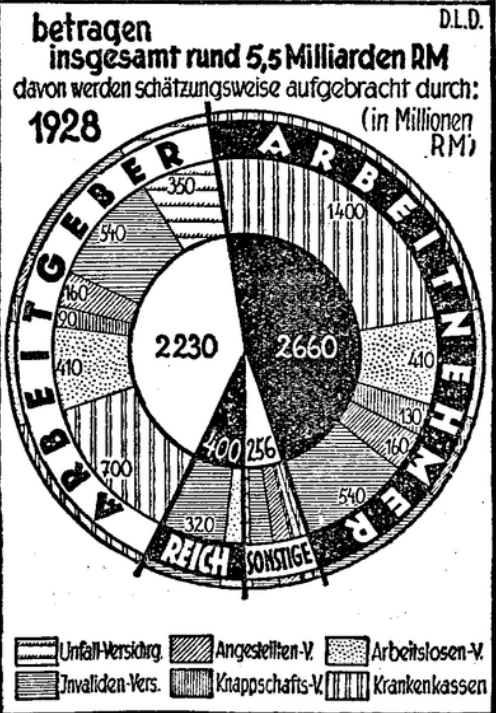
**Gesetz und Recht**

**Verordnung über Lohnpfändung.** Im Reichsbefolungsblatt Nr. 3 vom 5. Februar 1930 wird auf eine Verordnung über Lohnpfändung, die bis längstens 3. Dezember 1931 befristet ist, hingewiesen und gesagt:

Der Arbeits- und Dienstlohn ist bei Auszahlung für Monate oder Bruchteile von Monaten bis zur Summe von monatlich 195 RM., bei Auszahlung für Wochen bis zur Summe von wöchentlich 45 RM., bei Auszahlung für Tage bis zur Summe von täglich 7,50 RM. und soweit er diese Beträge übersteigt, bis zu einem Drittel des Mehrbetrages der Pfändung nicht unterworfen. Hat der Schuldner seinem früheren Ehegatten, Verwandten oder einem unehelichen Kind Unterhalt zu gewähren, so erhöht sich der unpfändbare Teil des Mehrbetrages für jede Person, der Unterhalt zu gewähren ist, um ein Sechstel, höchstens jedoch auf zwei Drittel des Mehrbetrages. Übersteigt der Arbeits- oder Dienstlohn die Summe von 650 RM. für den Monat, 150 RM. für die Woche und 25 RM. für den Tag, so findet auf den Mehrbetrag die vorhergehende Vorschrift keine Anwendung. Ändern sich die Verhältnisse, für die die Bestimmungen des unpfändbaren Teiles des Lohnes maßgebend sind, so erweitert oder beschränkt sich die Pfändung nach Maßgabe der eingetretenen Veränderung, die vom nächstfolgenden Zeitpunkt ab eintritt, an welchem der Lohn fällig wird. Übersteigt das Diensteinkommen die Pension oder die sonstigen Bezüge die Summe von monatlich 195 RM., so ist der dritte Teil des Mehrbetrages der Pfändung unterworfen, und dabei ist zu beachten, daß bei der Errechnung des pfändungsfreien Teiles sämtliche dem Angestellten oder Arbeiter gebührenden Vermögensvorsorge als Vergütung anzusehen sind, die nicht als Aufwandsentschädigung gelten. Außer der Grundvergütung und dem Wohnungsgeldzuschuß oder dem Tariflohn sind daher z. B. auch Rinderzuschläge, örtliche Sonderzuschläge, Ministerialzulagen usw. zu berücksichtigen. Nach Urteil des Reichsarbeitsgerichts ist die Frage, ob bei Berechnung des unpfändbaren Teiles des Arbeitslohnes die Einkommensteuer und die Beiträge zur Sozialversicherung vorweg abgezogen werden können, zu verneinen.

**Arbeiterversicherung**

Die Aufwendungen für die deutschen Sozial- und Arbeitslosenversicherungen. Etwa 8,6 Milliarden erworbensunfähige Deutsche werden von den staatlichen Versicherungen und den öffentlichen Fürsorgestellen betreut. Ueber fünf Milliarden werden aufgewendet, die von den etwa 32 Millionen Erwerbsfähigen Deutschlands aufgebracht werden. In dieser ungeheuren Zahl, die fast ein Zwölftel des Volkseinkommens ausmacht ist allerdings auch die Leistung für die Arbeitslosenversicherung in Höhe von 820 Millionen Mark im Jahre 1928 enthalten, ferner die Leistungen der privaten Krankenkassen und Versicherungen, aber noch nicht die Pensionsempfänger, die ja nicht zu den aus öffentlichen Mitteln Unterstützten gehören, da ihnen während der Dauer ihrer Arbeitstätigkeit die für die Altersversorgung notwendigen Mittel einbehalten werden. Seit 1913 hat sich der Aufwand für die Sozialversicherungen allein verdreifacht, trotz des Schadens der Inflation und des Elends der Nachkriegszeit. Für die bedauernswerten Opfer des Krieges hat das Deutsche Reich im Etatsjahr 1928 allein 1 1/2 Milliarden Mk. aufgewendet.



**Verbandsmitglieder!**

Wählt als Betriebsräte nur freigewerkschaftlich organisierte Belegschaftsmitglieder



## Aus den deutschen Gewerkschaften

Eine Konferenz der Gewerkschaftsredakteure tagte am 11. und 12. Februar 1930 im Berliner Gewerkschaftshause. Der Vorsitzende des Fachauschusses, Kollege Schöffler, berichtete über die Maßnahmen, die der Fachauschuß in der letzten Zeit getroffen hat. Rehnlich wie im ADGB, haben sich auch Fachauschüsse der Gewerkschaftsredakteure im AFA-Bund und im ADB, gebildet, mit denen ein gemeinschaftliches Arbeiten vereinbart worden ist. Der Fachauschuß hat Fühlung gesucht mit den Pressestellen der Reichsregierung und der preußischen Regierung. Er hat festgestellt, daß die meisten Pressmittlungen der Reichsregierung über das Pressebüro der Reichskanzlei gehen, für die Gewerkschaftspresse aber wenig geeignet sind. Der Fachauschuß hat Sonderkonferenzen der Ministerien für die Gewerkschaftspresse verlangt. Das Reichsarbeitsministerium hat solche zugesagt für die Presse mit über hunderttausend Auflage. Schöffler berichtete dann über das Ergebnis der ausgegebenen Fragebogen und sagte zu, daß das erbrachte Material, als Broschüre zusammengefaßt, vom Fachauschuß herausgegeben wird. — In der Diskussion verlangte Kummer (Metallarbeiter), daß der Fachauschuß in festere Formen gegossen werde. Der Fachauschuß müsse u. a. die Befugnis erhalten, Presseausweise zu erteilen. Er bearühte die angekündigte Broschüre. Es müßte auch mit der internationalen Gewerkschaftspresse eine engere Fühlungnahme erfolgen. Hierbei wies er u. a. auf die geistige Umstellung der französischen Gewerkschaften hin, die sich mehr und mehr vom Spödkalismus zum Gewerkschaftssozialismus der deutschen Gewerkschaften umstellten. Er wünschte ferner die Einrichtung eines Uebersetzungsbüros und zeigte an Beispielen aus der amerikanischen Presse und anderen ausländischen Zeitschriften, welche Fundamente von Material dort vorhanden ist, deren Schätze nur durch Uebersetzungen den deutschen Gewerkschaften zugänglich gemacht werden können. — Prüßl (Fabrikarbeiter) trat für eine angestellte Kraft im Fachauschuß ein, weil er fürchtet, daß sich die Arbeiten für den Fachauschuß zu sehr überhäufen. Im übrigen trat er Kummer bei in der engeren Fühlungnahme mit den ausländischen Gewerkschaften. Die Errichtung eines Uebersetzungsbüros hielt er für zu teuer und lehnte es deshalb ab. — Zimmer (Bergarbeiter) trat für Vertretung der Redaktionen in den Verbandsvorständen ein und wünschte vom Fachauschuß die Herausgabe von Richtlinien über Vertretung der Redaktionen in den Verbandsvorständen, Reichskonferenzen und Verbandstagen. Im übrigen befürwortete er die Besichtigung von Betrieben usw., weil sie den Blick erweitern und den Redakteuren das Wissen vertiefen, das ja letzten Endes der Zeitung und den Verbandsmitgliedern wieder zurute kommt. — Im Schlußwort trat Schöffler dafür ein, daß die Redaktionen auf dem Internationalen Gewerkschaftskongress in Stockholm vertreten sein müssen und hielt die Anstellung einer besoldeten Kraft für den Fachauschuß nicht für erforderlich. — Hierauf folgte ein Referat von Kummer (Metallarbeiter) über die „Gewerkschaftspresse des Auslandes“, wobei er in großen Zügen einen Ueberblick über Zahl und Verbreitung der Gewerkschaftspresse im Auslande gab. In der Diskussion warf Kollege Dittmer u. a. die Frage auf, gelegentlich zum Esperanto Stellung zu nehmen, ebenso wies er auf die unbedingt notwendige gründliche Vorbereitung bei Studienreisen im Ausland hin. — Diehmann (Eisenbahner) trat für das Esperanto ein und forderte, daß die Gewerkschaftspresse dafür Propaganda mache. — Kollege Lungenus zeigte an Beispielen, wie stark in den englischen und amerikanischen Gewerkschaften noch die Religion gepflegt wird. — Im Schlußwort erklärte Kummer, daß man solche Dinge, wie sie Lungenus zur Sprache brachte, nicht als minderwertig betrachten dürfe. Die religiöse Einstellung der englischen und amerikanischen Gewerkschaften liege in der Besonderheit dieser Nationen. Im übrigen seien diese Gewerkschaften durchaus brauchbare Interessenvertretungen der Arbeiter. Wir müßten die Sache so beurteilen, daß im Auslande nichts schlechter sei als bei uns, sondern nur anders. Er trat dann für eine bessere Ausbildung der Redakteure ein. — Am Abend fand ein Empfang der Gewerkschaftsredakteure im Reichsarbeitsministerium statt. Minister Wiffell bestrich in seiner Ansprache die Aufgaben des Reichsarbeitsministeriums und betonte die Notwendigkeit eines guten Einvernehmens der Gewerkschaftspresse und des Reichsarbeitsministeriums im Interesse der Durchführung sozialpolitischer Maßnahmen. Der Ansprache folgte eine Führung durch die Ausstellung „Die Arbeitsgebiete des Reichsarbeitsministeriums“. — Am zweiten Verhandlungstage erfolgte dann ein Referat von Grams (Buchdrucker) über den „Aufbau der Gewerkschaftspresse. Das Gesicht der Zeitung“. Grams hatte eine Ausstellung der Gewerkschaftspresse im Saale arrangiert und übte nun vom Standpunkt des Buchdruckers Kritik an der Aufmachung der einzelnen Blätter. Die sehr reichhaltige Aussprache hierzu gab den Redakteuren viel Anregung, die Aufmachung der Zeitung besser zu gestalten. — Es folgte dann ein Referat des Reichsstaatsabgeordneten Meyer-Freiburg über den „Young-Plan und die Finanzreform“. Das hochinteressante Referat wurde ohne Diskussion zur Kenntnis genommen.

## Internationale Rundschau

Der Kampf um die Altersversorgung in Amerika. In den Vereinigten Staaten leben rund 5½ Millionen Menschen, die das Alter von 65 Jahren erreicht oder schon überschritten haben. Der Lohn, den sie für ihre Arbeit bezogen, erlaubte ihnen nicht, so viel zurückzulegen, um im Alter einigermaßen anständig leben zu können. Ein Drittel dieser Alten, also fast 2 Millionen, ist auf die Unterstützung von Kindern und sonstigen Verwandten oder auf andere Unterstützung angewiesen, die von charitativen Organisationen geleistet wird. Das bedeutet also, daß diese 2 Millionen Not leiden. Hierbei handelt es sich aber nur um ehemalige Lohnempfänger. — Es mag sein, daß die Reallöhne in den Vereinigten Staaten höher sind als in andern Ländern und daß es möglich ist, wöchentlich eine bestimmte Summe zurückzulegen. Aber diese Ersparnisse werden im allgemeinen durch Krankheitsfälle, zeitweilige Arbeitslosigkeit und sonstige Wechselfälle des Lebens wieder absorbiert, so daß in der Praxis für das Alter nichts übrig bleibt. Selbst im günstigsten Falle, das heißt, wenn der Arbeiter bis zu seinem 65. Lebensjahre Beschäftigung hatte und von den oben erwähnten Wechselfällen verschont blieb, hat er nicht so viel zurücklegen können, um davon noch jahrelang leben zu können. — Daß aber ein Arbeiter bis zum vollendeten 65. Lebensjahre beschäftigt wird, ist in den Vereinigten Staaten noch seltener zu finden als anderswo. Es ist für viele Fabriken zur Regel geworden, Leute von 40 Jahren erst gar nicht mehr einzustellen und gleichzeitig jeden, der das 65. Lebensjahr erreicht hat, als verbraucht von der Arbeit auszuschließen. — So erhält das Problem einer Altersversicherung in den Vereinigten Staaten eine immer größer werdende Bedeutung. Obwohl einzelne Großfirmen die Einrichtung einer Werkspekulationskasse getroffen haben, hat nicht einer der in ihnen beschäftigten Arbeiter die geringste Sicherheit, jemals in den Genuß einer Pension zu kommen. Abgesehen davon, daß all diese Firmen sich das Recht vorbehalten, jederzeit von den hierüber getroffenen Bestimmungen zurückzutreten, was einzelne von ihnen bereits getan haben, ist in allen Fällen die Gewährung einer Pension von verschiedenen Kautelen abhängig, von denen die des „Wohlerhaltens“ die größte Rolle spielt. Hat einer einmal Lohnforderungen gestellt oder für die Gewerkschaft agitiert, so braucht er, wenn er überhaupt in die Betriebe die zur Gewährung der Pension notwendige Altersgrenze erreicht hat und nicht schon vorher flog, an die Freuden eines Pensionärs nicht zu denken. Kommt jedoch ein „Glücklicher“ in den Genuß der Pension, so ist diese so gering, daß er davon nicht existieren kann. — Ebenso wenig sind die zahlreichen „Benefit Societies“ (71 deutsch Unterstützungsvereinigungen) geeignet, die Frage der Altersversorgung zu lösen. Die meisten dieser Unterstützungsvereinigungen krankten daran, daß die von ihnen erhobenen Beiträge nicht sorgfältig genug kalkuliert worden sind, um die Pensionen zahlen zu können. Im übrigen wird von diesen Einrichtungen nur ein kleiner Teil der Arbeiter erfaßt, so daß sie praktisch wertlos sind. — Daß es so in den Vereinigten Staaten nicht mehr lange gehen kann, haben auch einige Regierungen der einzelnen Staaten eingesehen. In verschiedenen Staaten versucht man jetzt, die Frage durch die Errichtung von Armenhäusern zu lösen. Man fängt also etwas an, was anderswo als unzeitgemäß und unsozial längst wieder beseitigt ist. Sehen wir also von den Lehrern und Postbeamten, soweit diese Staatsangestellte und damit pensionsberechtigt sind, ab, so kommen wir zu dem Schluß, daß für die große Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung in den Vereinigten Staaten keine brauchbare Altersversorgung besteht. Alle anderen Industrieländer, mit Ausnahme von Indien und China, haben bereits entsprechende Einrichtungen getroffen. Von den Vereinigten Staaten haben sich erst zehn Staaten dazu bequemen können, entsprechende Gesetze zu schaffen, die jedoch keinen Vergleich mit den entsprechenden Gesetzen der übrigen Länder aushalten können. Die Agitation für eine Altersversorgung ist im Gang und es steht zu hoffen, daß sie bald zum Ziele kommt.

Algerien. In Philippeville (Algerien) traten die Hafendarbeiter kurz nach der Gründung einer Organisation in eine Lohnbewegung. Sie forderten eine Lohnerhöhung von 24 auf 32 Franken, obwohl die Teuerung eine Erhöhung auf 40 Franken gerechtfertigt hätte. Die Unternehmer boten 28 Franken, mit denen die Hafendarbeiter sich schließlich begnügen mußten, da die Wucht ihres Streiks, den sie als Antwort auf das Unternehmerangebot proklamierten, durch arabische Streikbrecher stark geschwächt wurde.

## Serienheim in Kochel am See

Immer größer werden die Anforderungen, die das heutige Wirtschaftsleben an Körper und Geist des werktätigen Menschen stellt. Es ist deshalb verständlich, wenn immer mehr und mehr bei den Werktätigen das Bedürfnis wächst, wenigstens einmal im Jahre aus dem überfüllten Steinhaufen unserer Industriestädte herauszukommen, um irgendwo, fern von Hast und Betrieb, wenn auch nur eine kurze Zeit, auszuspannen.

In zäher, ausdauernder Arbeit haben die Gewerkschaften für den Arbeiter einige Ferientage erkämpft. Jetzt gilt es aber Mittel und Wege zu finden, die erkämpfte Freizeit recht wertvoll für den einzelnen auszunutzen. Von dieser Erkenntnis ausgehend, beginnen die Gewerkschaften damit, sich eigene Ferienheime einzurichten. Und so hat auch der Gesamt-Verband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs, Ortsverwaltung München, sich in Kochel ein eigenes Ferienheim für seine Mitglieder und deren Angehörige geschaffen.

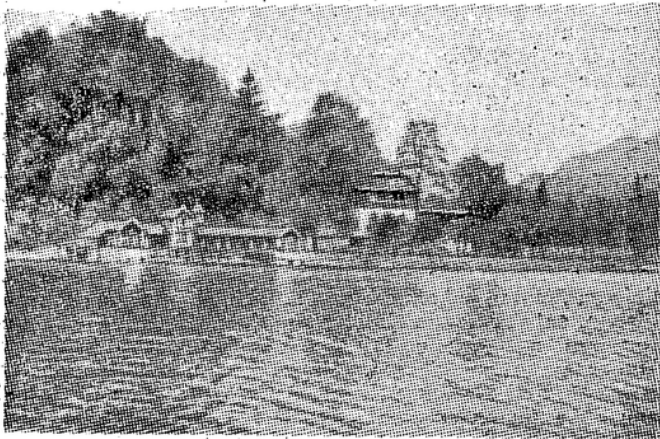
Kochel, von München aus in 1½ Bahnstunden erreichbar, am Nordufer des Kochelsees gelegen, gilt als einer der schönsten bayerischen Sommerkurorte. Der See bietet ausgezeichnete Badegelegenheit, ausgebauter Wege durch herrliche Bergwälder laden zu Spaziergängen ein, Benediktenwand, Heimgarten, Herzogstand, Jochberg, Sonnenspitze, Rabenkopf ermöglichen leichte Bergtouren mit herrlicher Aussicht ins Flachland und die Tiroler Alpen. Und wer hochalpine Betätigung sucht, den bringen Motorpostlinien nach Mittenwald, dem Ausgangspunkt für Hochtouren im Karwendel, oder hinüber an die Bahnlinie München-Garmisch, heran an den Wetterstein und selbst nach Innsbruck besteht beste Verbindung.

Das Heim mit dem erstellten Neubau liegt unmittelbar am Ufer des Sees, besitzt ein eigenes Strandbad und Ruderboote. Die vorhandenen Zimmer, ein- und zweibettig, sind sauber und gelegen ausgestattet. Die Einrichtung ist modern, behaglich und entspricht allen neuzeitlichen hygienischen Erfordernissen. Neben Warm- und Kaltwasser und Bädern sorgt für die Beheizung eine Niederdruck-Warmwasserheizung, so daß auch für den Winteraufenthalt, der in den Bergen mit seiner gesunden, nervenstärkenden Atmosphäre und Schönheit besondere Reize bietet, bestens Sorge getragen ist.

Das Essen ist gut, reichlich und abwechslungsreich. Für Regentage ist eine literarisch wertvolle und auswahlreiche Bücherei vorhanden. Für Sonnabend und Sonntag abends sind Konzerte vorgesehen.

Der Tagespreis für Zimmer und Verpflegung beträgt für Verbandsmitglieder und deren Angehörige 4,40 Mk. einschließlich Bedienungsgeld. Für Kinder bis 14 Jahren kann eine Sondervereinbarung getroffen werden.

Der freigewerkschaftlich Organisierte bewegt sich in unserem Ferienheim unter Gesinnungsgenossen, hat also auch Gelegenheit, durch Gedankenaustausch seinen Gesichtskreis zu erweitern, er braucht keine Bedenken zu haben, ob seine Kleidung den gesellschaftlichen Erfordernissen eines Kurortes entspricht; denn unser



Wirtschaftsgebäude mit Strandbad

Heim ist ein Ferienort für Arbeitende, keine mondäne Pension für blasierte Nichtstuer. Für durchkommende Touristen haben wir eine extra billige Touristenunterkunft mit Heizung, eigener Wascheinlegenheit und sauberen Matratzenlagern geschaffen. Allen Mitgliedern der uns befreundeten Organisationen (Naturfreunde, Arbeitersportler, Arbeiterjugend usw.) steht dieselbe zur Verfügung.

Anmeldung für Ferienaufenthalt und von größeren Wandergruppen für das Touristenlager sind unter genauer Angabe der



Blick vom Heim auf Herzogstand und Heimgarten

Zeit und Personenzahl frühzeitig an den Gesamt-Verband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs, München, Pestalozzistraße 40/2, Zimmer 43, zu richten.

## RUNDSCHAU

Die KPD als Retter der kapitalistischen Wirtschaft. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt in ihrer Nr. 56 über die Kommunisten:

„Was die Kommunisten selbst betrifft, so haben sie in bestimmten Grenzen für das staatspolitische Leben eine nützliche Funktion. Die Frage ist nur, ob diese Grenzen bereits erreicht oder gar überschritten worden sind.“

Die Kommunisten müssen verhindern, daß die Sozialdemokratie übermächtig wird, sie sind für den bürgerlichen und kapitalistischen Staat so lange ein wertvolles Werkzeug, als sie als Pfahl im Fleische der Sozialdemokraten wirken.

Es kommt hinzu, daß sie als prinzipielle Gegner des Pazifismus in ihrer Weise für den Gedanken der Wehrhaftigkeit in Kreisen wirken, die solchen Bestrebungen der Staatspolitik sonst schwer erreichbar sind. Und schließlich ist gegenüber der speßbürgerlichen Passivität der Sozialdemokratie hinsichtlich Deutschlands außenpolitischer Ohnmacht im Rahmen von Versailles der grundsätzliche Protest der Kommunisten gegen die deutsche Verfassung bis zu einem gewissen Grade ein wertvoller außenpolitischer Faktor.“

Die „DAZ.“ ist ein ausgesprochenes Unternehmerorgan. Sie unterstützt und propagiert alle Bestrebungen, die auf eine Diktatur des Finanzkapitals hinauslaufen. Dieses Blatt der sozialen Reaktion begrüßt die Kommunisten als Spalter der Arbeiterbewegung, als Zuträger des Militarismus und Nationalismus. Ihm sind die Kommunisten als ein „wertvolles Werkzeug“ zur Erhaltung und zum Ausbau des kapitalistischen Staates willkommen. Dabei steht die „DAZ.“ in dieser Auffassung nicht allein. In zahlreichen anderen bürgerlichen Zeitungen bis in die Kreise der bürgerlichen Demokratie hinein kam in den letzten Wochen immer wieder zum Ausdruck, daß die Kommunisten eine wertvolle Stütze der kapitalistischen Wirtschaftsordnung darstellen. Sie werden geradezu in eine Reihe mit den Nationalsozialisten gestellt. Der deutsche Faschismus weiß, was er an seinen Kommunisten hat.

Die großen Einkommen. Rund 100 000 Personen haben in Deutschland das Glück, über ein Einkommen von mehr als 16 000 Mark zu verfügen. Diese wohnen zu 68 Proz. in größeren Städten. Davon allein in Berlin 17 Proz., in Hamburg 6 Proz., im Ruhrgebiet 4 Proz. usw. In mittleren Städten wohnen ungefähr 15 000 Personen, die als Einkommensträger der großen Einkommen in Betracht zu ziehen sind. In kleineren Städten und Landgemeinden wohnt ungefähr die gleiche Zahl. Von den Städten wohnen die größte Zahl der Einkommenbezieher mit über 16 000 Mark Jahreseinkommen in Berlin, die geringste Zahl in den östlichen Provinzen. Auf je 10 000 Einwohner berechnet, entfallen große Vermögen in Bremen und Frankfurt 52, im Neckarkreis 49, in Berlin 42, bis herunter zu 10 im Regierungsbezirk Oppeln. In den großen Städten wurden im Durchschnitt auf 10 000 Einwohner rund 30 Einkommen über 10 000 Mark gezählt. In den Mittelstädten sind es 20, auf dem flachen Lande 5. Es ist naturgemäß, daß die Kaufkraft einzelner Städte und Gemeinden durch die mehr oder minder starke Zusammenballung großer Vermögen beeinflusst wird.

Verlagsanstalt „Courier“ GmbH. des Gesamt-Verbandes, Berlin SO16, Michaelkirchplatz  
Verantwortlicher Redakteur Emil Dittmer, Berlin SO36, Schleißische Straße 42